

Mit einer neuen Regelung kommt ihnen das LIKIV entgegen, denn im neuen System wird ihnen eine neue Rolle zugesprochen. Deshalb müssen sie aber sowohl in der Kommunikation als auch später in der Behandlung mit den Krankenkassen an einem Strang ziehen.

Meines Erachtens ist allen bewusst, dass in den letzten Wochen und Monaten viele Menschen verunsichert worden sind. Das ist verständlich, schließlich geht es bei der Gesundheit um ein hohes Gut. Das müssen wir alle uns stets vor Augen halten und der Verunsicherung entgegenwirken. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!
(Applaus bei der SP, ProDG und der PFF)

HERR MIESEN, Präsident: Möchte ein Parlamentsmitglied die Gelegenheit zur Erwiderung nutzen? Das ist nicht der Fall. Dann ist die allgemeine Diskussion geschlossen. Wir kommen zur Diskussion und Abstimmung über den Resolutionsvorschlag – Dokument 161 (2016-2017) Nr. 3. Die Diskussion und Abstimmung über den im Dokument 161 (2016-2017) Nr. 2 abgedruckten Text ist eröffnet.

Der Resolutionsvorschlag ist mit 24 Jastimmen einstimmig angenommen.

Die Diskussion und Abstimmung ist geschlossen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über die Gesamtheit des Dokuments 161.
Frau Schmitz, Sie haben das Wort.

Es stimmen mit Ja Frau L. SCHOLZEN, die Herren C. SERVATY, M. STROUGMAYER, A. VELZ, M. BALTER, M. BRAEM, F. CREMER, Frau P. CREUTZ-VILVOYE, die Herren L. FRANK, D. FRANZEN, G. FRECHES, C. GENTGES, H. GROMMES, Frau E. JADIN, Frau L. KLINKENBERG, die Herren K.-H. LAMBERTZ, A. MERTES, A. MIESEN, A. MOCKEL, R. NELLES, Frau K. NEYCKEN-BARTHOLEMY, die Herren M. NIESSEN, W. REUTER und Frau P. SCHMITZ.

Der Resolutionsvorschlag ist mit 24 Jastimmen einstimmig angenommen.
(Vom Plenum verabschiedeter Text: siehe Dokument 161 (2016-2017) Nr. 2)

THEMENDEBATTE ZUR ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION

DISKUSSION

HERR MIESEN, Präsident: Kollege Lambertz hat einen Antrag auf Themendebatte zur Zukunft der Europäischen Union eingereicht, den der zuständige Ausschuss I für allgemeine Politik, Petitionen, Finanzen und Zusammenarbeit im Hinblick auf eine Behandlung in der heutigen Plenarsitzung an das Präsidium weitergeleitet hat. Das Präsidium hat dieser Themendebatte zugestimmt.

Für die Durchführung der Themendebatte schlägt das Präsidium folgende Vorgehensweise vor: Für die Stellungnahmen der Fraktionen ist eine Redezeit von maximal 15 Minuten pro Fraktion vorgesehen. Wenn die Regierung das Wort ergreifen möchte, stehen ihr dafür ebenfalls maximal 15 Minuten zur Verfügung. Für eventuelle Erwiderungen stehen maximal fünf Minuten pro Fraktion zur Verfügung. Gibt es dazu Einwände? Das ist nicht der Fall. Dann beginnen wir die Themendebatte mit den Stellungnahmen der Fraktionen. Für die CSP-Fraktion hat der Europaabgeordnete Herr Arimont das Wort.

HERR ARIMONT (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Noch vor einigen Jahren hätte diese Debatte wahrscheinlich nur wenige Menschen wirklich interessiert. Heute erhalten Menschen Beifall, die z. B. Folgendes sagen: „Die EU ist ein großes Verhängnis, ein antidemokratisches Monster. Ich will verhindern, dass es fetter wird, weiteratmet. Die EU hat ihren Mitgliedern die staatliche Souveränität genommen und sie mit dem Euro in eine nicht zu lösende Krise getrieben.“ Dieses Zitat

stammt von Frau Le Pen, die sich anschickt, Präsidentin jenes Staates zu werden, der zusammen mit Deutschland in der Nachkriegszeit, vor fast genau 67 Jahren, am 9. Mai 1950 im *Salon de l'Horloge* des französischen Außenministeriums in Paris entgegen allen Erwartungen durch den sogenannten Schuman-Plan die revolutionäre, sehr mutige, versöhnliche Idee des vereinten Europas schuf.

Das Rezept von Frau Le Pen heißt hingegen: Raus aus der EU, zurück zum Nationalstaat, Austritt aus dem Euro! Das ist quasi der Anti-Schuman-Plan. Es liegt also eine Alternative zur EU auf dem Tisch, ob wir das nun wollen oder nicht.

Europa wurde lange Zeit entweder in wunderbaren Sonntagsreden schöngeredet oder von der Politik benutzt, um „denen da in Brüssel“ für alles Schlechte in der Welt die Schuld zu geben. Man hatte aber zumindest den Eindruck, dass sich die große Masse der Bevölkerung nicht ernsthaft mit dem Thema auseinandersetzen und darüber diskutieren wollte.

Werte Kolleginnen und Kollegen, in meinen Augen sind diese Zeiten definitiv vorbei. Europa ist wieder zum Thema geworden. Über die Europäische Union wird wieder diskutiert. Nach den Folgen der Finanzkrise, aber ganz besonders angesichts des Brexit, der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten, der anstehenden Präsidentschaftswahlen in Frankreich und den immer spürbarer werdenden antieuropäischen Tendenzen in der EU ist Letztere für viele Menschen keine Selbstverständlichkeit mehr. Das war sie im Übrigen nie.

Heutzutage gibt es in Europa wieder viele Parteien, die das Heil des Nationalismus und den Rückzug auf sich selbst propagieren und deren Thesen auf fruchtbaren Boden fallen, weil es vielerorts tatsächlich ungerechte Entwicklungen gibt.

Mit dem Nationalismus als vermeintliche Lösung verhält es sich aber genau so, wie es der Vizepräsident der Europäischen Kommission, der geschätzte Kollege Frans Timmermans, sehr treffend ausgedrückt hat: „Nationalismus ist wie Alkohol. Anfangs verschafft er einem einen schönen Rausch. Am nächsten Morgen aber wacht man mit einem schrecklichen Kater auf.“ Um diesen „schrecklichen Kater“ zu vermeiden, müssen wir vor allem eines zeigen: Mut, uns für ein besseres Europa starkzumachen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, in der Politik ist es vielleicht so, wie ab und zu in der Liebe: Erst wenn man den geliebten Menschen nicht mehr an seiner Seite hat, beginnt man ihn zu vermissen. Um uns bewusst zu machen, was uns fehlen würde, wen wir vermissen würden, sollte man die EU vielleicht mal für drei Monate ausschalten, hier in Ostbelgien und auf dem gesamten europäischen Kontinent. Wie sähe es aus, wenn wir das bisher in Zusammenarbeit Erreichte von heute auf morgen nicht mehr hätten? Welche Vorteile würden uns verlorengehen? Was das bedeuten würde, möchte ich anhand von sieben Beispielen kurz veranschaulichen.

Erstens, die EU ist ein Garant des Friedens: Auch wenn es mittlerweile dem einen oder anderen zu abgedroschen klingen mag: Das Europa der Schützengräben, das Europa der Mauern ist heute keine Realität mehr. Wir leben auf einem Kontinent, der sich durch Stabilität auszeichnet. Dafür gibt es eine einfache Formel: Kein Krieg heißt Stabilität, und Stabilität bedeutet Wohlstand. Stellen wir uns vor, es gäbe die EU nicht: Hätte unser Kontinent Ereignisse wie den Mauerfall, das Ende des Eisernen Vorhangs, den Balkankrieg, die Ukraine-Krise usw. überstanden, ohne dass dadurch Krieg in Europa entfacht worden wäre? Ein Blick auf unsere Nachbarländer lässt eine andere Schlussfolgerung zu. Auch diejenigen, die die Bedrohung des Krieges in Zusammenhang mit der Diskussion um die Zukunft der EU immer kleinreden, müssen das erkennen. Ich nenne dazu ein weiteres konkretes Beispiel: Michael Howard, der frühere Vorsitzende der britischen Konservativen wollte britischen Medienberichten zufolge kurz nach dem Brexit-Entscheid nicht ausschließen, dass Premierministerin May zur Verteidigung Gibraltars zu einem Krieg bereit sei. Da lag meiner Meinung nach ein Hauch von Falkland in der Luft.

Gleiches gilt übrigens für die nordirische-irische Grenze, die nach wie vor enormes Konfliktpotenzial birgt. Europa hat diese blutigen Nahtstellen beruhigt. Ist das Argument des Friedens inzwischen überlebt? Helmut Schmidt hat dazu einmal treffend gesagt: „Lieber 100 Stunden umsonst verhandeln, als eine Minute schießen.“

Genau wie meine Eltern mir muss auch ich meiner kleinen Tochter heute *erklären*, was Krieg ist, weil sie ihn persönlich, zum Glück, noch nie miterleben musste. Bei meinem Großvater und meinem Vater sah das noch anders aus.

Zweitens, die EU ist und bleibt ein Garant für Demokratie. Man muss sich Folgendes vor Augen führen: Im Jahr 1957 waren nur zwölf der derzeit 28 EU-Mitgliedstaaten Demokratien! Heute sind alle diese 28 Staaten Demokratien. Viele Länder, die vor 1989 hinter dem Eisernen Vorhang lagen, haben sich in funktionierende Demokratien verwandelt. Die EU wacht über antidemokratische Tendenzen in den Mitgliedstaaten, und dies ist aktuell nötiger denn je, wenn man nach Polen und besonders nach Ungarn schaut. In anderen Teilen der Welt sieht das freilich anders aus. Ich gebe auch dazu ein konkretes Beispiel: Als Europäer kann ich sagen, was ich möchte, ohne Gefahr zu laufen, dafür bestraft zu werden. Ich habe das uneingeschränkte Recht, meine Regierung oder die EU zu kritisieren. Versuchen Sie das Gleiche einmal in Russland oder in der Türkei! Frau Le Pen sollte vielleicht versuchen, in Russland zu leben und ihren jetzigen Freund Putin in ähnlicher Weise zu kritisieren, wie sie dies derzeit mit der EU tut. Ich bin überzeugt: Sie würde den europäischen Rechtsraum, die von ihr so gehasste EU, sehr schnell sehr vermissen.

Drittens, auch im Praktischen, im Alltäglichen macht sich die EU bemerkbar. Das Leben und das Arbeiten im EU-Ausland wären ohne die EU weitaus komplizierter. Wir sollten vielleicht die Spezialisten, unsere 10.000 Grenzgänger, fragen, was sie davon halten würden, wenn das Arbeiten im Ausland erschwert würde. Die Gleichstellung von Diplomaten und Bildungsabschlüssen wird immer stärker vereinfacht, sodass die berufliche Mobilität weiter gefördert wird. Natürlich gibt es in dem Bereich noch viel zu tun, insbesondere was die beruflichen Anerkennungen angeht, aber das bisher Erreichte würden insbesondere wir in Ostbelgien sicherlich schnell vermissen.

Viertens, der Binnenmarkt: Auch diese Erfolgsstory würde es ohne die EU nicht geben. Ohne den europäischen Binnenmarkt, übrigens der größte zusammenhängende Markt der Welt, und ohne die auf ihn abgestimmte gemeinsame EU-Gesetzgebung hätten wir innerhalb von Europa völlig andere Voraussetzungen für den gemeinsamen Handel. Der Binnenmarkt steigert die Wirtschaftsleistung der Europäischen Union immerhin um 0,6 bis 0,8 % pro Jahr, und das, obschon die Potenziale immer noch nicht voll ausgeschöpft sind. So könnte beispielsweise der digitale Binnenmarkt einen Zuwachs von jährlich zwischen 415 und 500 Milliarden Euro bringen. Stellen Sie sich nun vor, ein ostbelgischer Unternehmer möchte Güter in ein benachbartes Land liefern und muss dabei ständig neue Vorgaben beachten. Er würde sich wahrscheinlich sehr schnell überlegen, ob sich das alles für ihn noch lohnt. Ohne diesen Handel ginge ihm jedoch ein enormes Potenzial für das Wachstum seines Betriebs und gingen unserer Region somit auch potenzielle Arbeitsplätze verloren. Die oftmals als übertrieben betrachteten gemeinsamen Regeln haben also durchaus ihren Sinn.

Die fünfte Errungenschaft der EU ist der Schengen-Raum. Das Ende der Grenzkontrollen an den innereuropäischen Grenzen hat das Leben der Bürger stark vereinfacht. Aber hat durch den Wegfall der Grenzkontrollen tatsächlich die Sicherheit gelitten, wie so oft von „Rechts außen“ behauptet wird? Aus aktuellen Forschungsarbeiten kann man den Schluss ziehen, dass die Abschaffung der Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums nicht zu höheren Kriminalitätsraten geführt hat. Das gilt ganz besonders für Ostbelgien, denn die diesbezügliche Zusammenarbeit funktioniert in unserer Region vorbildlich. Für die 1,7 Millionen Europäer, die täglich in einen anderen Mitgliedstaat pendeln, und für die Hunderte Millionen Menschen, die alleine oder mit ihrer Familie durch Europa reisen, sind Grenzen jedenfalls eine Erinnerung an die Vergangenheit.

Schließen wir für einen Moment die Augen und erinnern uns an die Zeit, als uns an den Grenzübergängen das Auto von den Zöllnern noch auseinandergenommen wurde. Für den Privatmann war das schon ärgerlich, aber für den Kleinunternehmer wurde dieser Aufwand schnell zum wirtschaftlichen Risiko. Die Wiedereinführung der Grenzkontrollen in Lichtenbusch infolge der Anschläge von Paris hat nicht dazu geführt, auch nur einen einzigen Täter zu fassen; stattdessen hat sie einen wichtigen Verkehrsknotenpunkt lahmgelegt und die Falschen bestraft.

Sechstens, auch der Euro ist eine Erfindung, die den Menschen in Europa und den Unternehmen neben der großen Symbolkraft erhebliche Erleichterungen gebracht hat. Das Reisen, Verkaufen und Kaufen über die Grenzen hinweg ist in den Euro-Staaten spürbar einfacher geworden. Natürlich darf man in diesem Zusammenhang die Probleme nicht verschweigen, die heute insbesondere die Euro-Staaten im Süden haben, weil die ökonomischen Voraussetzungen für einen Beitritt zur gemeinsamen Währung nicht gegeben waren bzw. immer noch nicht gegeben sind. Diese Länder aus der Eurozone zu entlassen, halte ich jedoch für die falsche Lösung. Griechenland ginge es ohne Euro und die notwendigen staatlichen Veränderungen nicht besser – ganz im Gegenteil.

Aus solchen Fehlern muss die EU lernen. Sie hat schon maßgebliche Krisenmechanismen sowie Mechanismen zur wirtschaftspolitischen Koordination geschaffen, die solche Fehler in Zukunft vermeiden sollen. Die gemeinsame Währung hat aber unverkennbare Vorteile, und auch diese würden wir ohne die EU nicht kennen.

Stellen wir uns nun vor, es gäbe die EU und den Euro nicht, und versetzen wir uns in die Lage eines ostbelgischen Unternehmers, dessen Produkt aufgrund steigender und fallender Währungskurse massiven Preisschwankungen ausgesetzt ist. Der Unternehmer hätte keine Planungssicherheit und müsste teure Wechselkursversicherungen abschließen. Gerade wir als Grenzraumbewohner wissen es deshalb zu schätzen, dass eine einzige Währung unseren Alltag bestimmt.

Siebtens, Verbraucher- und Umweltschutz: Auch hier würde uns ohne die EU einiges fehlen. In der EU gelten die höchsten grenzüberschreitenden Umweltschutzregeln weltweit. Viele Gesetze, die europäische Anbieter dazu zwingen, die gesamte Lebensmittelkette zu überprüfen, gibt es in dieser Form nur in der EU. Die Qualität der Luft, der Gewässer und der Böden hat sich durch die konsequente Zusammenarbeit in der EU wesentlich verbessert. Nirgendwo sonst auf der Welt kann sich ein Verbraucher der Unbedenklichkeit der Produkte so sicher sein. Wie wäre es also, wenn es die EU nicht gäbe? Es gäbe 28 verschiedene Verbraucherschutzgesetze, 28 verschiedene Qualitätsverpflichtungen für Produkte, 28 unterschiedliche Klimaschutzziele usw. Das hieße: 28-mal Rechtsunsicherheit, 28-mal den Anwalt konsultieren. Wir wären 28-mal schwächer im internationalen Vergleich. Deshalb gilt hier eher: Eine einzige Regel ist gut für den Verbraucher und den Hersteller bzw. den Verkäufer.

Werte Kolleginnen und Kollegen, anhand von sieben konkreten Beispielen habe ich aufgezeigt, wie anders unser heutiges Leben doch wäre, wenn es die EU nicht gäbe. Wie bereits angedeutet, gelten viele der genannten Punkte direkt und sehr konkret auch für unsere Region, für Ostbelgien. Wir müssen dies aber immer wieder in Erinnerung rufen. Darum ist es so wichtig, gerade jetzt über einen Lösungsweg für eine handlungsfähige EU zu debattieren.

Es geht um folgende Fragen: Was fehlt der EU? Was muss anders gemacht werden? Was funktioniert und was nicht? Zur Beantwortung dieser Fragen haben EU-Parlament und EU-Kommission schon Szenarien ausgearbeitet. Die Kommission hat kürzlich in einem Weißbuch fünf Szenarien vorgestellt.

Welche Szenarien bevorzuge ich? Erstens, die EU-Staaten müssen die vielen Probleme und die künftigen Herausforderungen gemeinsam anpacken und lösen. In vielen Fragen,

die zu Krisen geworden sind, sind wir nicht gescheitert, weil es zu viel Europa gab, sondern eher zu wenig. Daher müssen die Politikfelder genau definiert werden, in denen wir mehr Europa wollen. Ich nenne deren vier: die Migrationspolitik, die Steuerpolitik, den Kampf gegen Sozialdumping und die gemeinsame Sicherheitspolitik.

Ich nehme das Beispiel der Sicherheitspolitik. Im Kampf gegen den Terror und für eine effiziente Sicherheitsaußenpolitik bedarf es der verstärkten Zusammenarbeit. Das gilt sowohl für ein europäisches Pendant zum FBI und eine europäische Armee als auch für den Schutz der europäischen Außengrenzen. Auf diesen Ebenen könnte sehr viel effizienter gearbeitet werden.

Eines ist klar: Der Rückfall in den Nationalismus ist in allen diesen Bereichen die schlechteste Lösung. Keine Gemeinde, kein Teilstaat und kein Staat können alle diese Dinge alleine lösen. Die EU stellt heute 10 % der Weltbevölkerung und 20 % der Weltwirtschaftskraft dar. Prognosen sagen, dass die EU im Jahr 2050 nur noch 4 % der Weltbevölkerung und nur noch 10 % der Weltwirtschaftskraft darstellen wird. In Anbetracht dieser Aussichten stellt sich die Frage: Welche Kraft hätten dann Staaten wie Deutschland oder Frankreich ganz alleine? Welchen Einfluss könnte Belgien ausüben, um diese großen Herausforderungen zu meistern, wenn es auf sich alleine gestellt wäre? Sich diese Frage zu stellen, heißt meines Erachtens, sie zu beantworten.

Natürlich wäre es schön, wenn alle EU-Mitgliedstaaten sofort bereit wären, an einem Strang zu ziehen. Realistisch scheint das derzeit jedoch nicht. Aus diesem Grund halte ich das Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten für die interessantere Lösung. Diese Lösung ist in vielen Fällen notwendig, damit die Länder, die zu mehr europäischer Zusammenarbeit bereit sind, nicht mehr so leicht ausgebremst werden. Schon Robert Schuman hat das vor genau 67 Jahren erkannt. In seiner Erklärung sagte er damals: „Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.“ Darum gilt: Wir brauchen eine Koalition der Willigen.

Zum Schluss meiner Stellungnahme ziehe ich folgendes Fazit: Sicherlich gibt es bei all dem noch sehr viel zu tun und sehr vieles zu verbessern. Das Kontrastprogramm, das sich die Nationalisten wünschen, wäre wirklich düster. Das zeigt uns das Leben auf anderen Kontinenten dieser Welt. Das kann, darf und sollte nicht unsere Zukunft sein!

Darum richte ich an jeden einzelnen Bürger in Ostbelgien und darüber hinaus folgenden Appel: Steh` auf für Europa! Diskutiere mit über dein Europa! Kritisiere den eingeschlagenen Weg! Misch` dich ein! Lass dich nicht blenden von denjenigen, die die gescheiterten Lösungsansätze von gestern als die einfachen Lösungen von morgen verkaufen!

Aber eines solltest du wissen, lieber Ostbelgier: Gleichgültigkeit bringt diese Idee zu Fall, denn Europa war und ist die beste Lösung für die großen Probleme, die wir gemeinsam anpacken müssen! Das sind wir unseren Kindern schuldig.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!
(*Applaus bei der CSP und ECOLO*)

HERR MIESEN, Präsident: Für die ProDG-Fraktion hat Herr Velz das Wort.

HERR VELZ (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder von Regierung und Parlament! Europäer, die jünger als 70 Jahre alt sind, haben keinen Krieg gekannt, haben die Feindschaft zwischen Franzosen, Engländern und Deutschen nicht mehr miterleben müssen, haben Zollschränken fallen sehen, haben Religions-, Meinungs- und Bewegungsfreiheit kennengelernt. Europa war und ist ein Friedensprojekt, das von Menschen auf den Weg gebracht worden ist, die sich vorher feindlich gegenüberstanden.

Was ist daraus geworden? Haben die jungen Briten vor einigen Monaten den Wahltag verschlafen, statt in Scharen zu den Urnen des Brexit-Referendums zu strömen und ihren deutlichen Willen kundzutun, dass sie ihre Zukunft *in* und *mit* Europa bauen möchten? Müssen wir befürchten, dass unsere Hoffnung auf ein geeintes Europa untergeht? Nein, weder nach dem Brexit und erst recht nicht nach dem gestrigen ersten Votum der Franzosen!

In Europa gibt es wieder neue Empathie. Menschen gehen wieder *für* die EU auf die Straßen und Plätze. Die neue Begeisterung für einen geeinten Kontinent kommt in erster Linie aus der Zivilgesellschaft und wird wesentlich von jungen Menschen getragen. Sie schätzen Europa mit seinen Freiheiten, mit seinen demokratischen Rechten, mit seinem Frieden, mit seiner Teilhabe und mit seiner Solidität. Ein US-Präsident Trump gruselt sie noch immer im gleichen Maße, wie eine EU ohne Großbritannien immer noch ungewünscht und unvorstellbar ist.

Die Politik darf diesen neuen Pulsschlag für Europa nicht verschlafen, sondern muss jetzt mutig mitgehen, die EU neu denken und die Türen zu einem solidarischen Kontinent für einen engen Austausch und für freie Mobilität weit aufstoßen. Europa muss wieder rocken, Europa muss wieder sexy werden!

Aber das kommt nicht von allein. Ich werde im Folgenden sieben aus unserer Sicht mögliche Baustellen und Wege aufzeigen, wobei die Zahl Sieben nicht mit Herrn Arimont abgesprochen ist. ... (*Zwischenruf: „Nein?“*) ... Nein, das ist reiner Zufall. Ich habe meinen Redebeitrag gestern geschrieben, vielleicht zeitgleich mit Herrn Arimont, aber wir beide haben uns nicht auf die Zahl Sieben geeinigt. Sieben hat auch nichts mit der heiligen Zahl Sieben zu tun, die ja für die Vollkommenheit oder die Perfektion steht. Meine Aufzählung erhebt auch keinen Anspruch auf Vollzähligkeit.

Erstens, es ist wahr, dass sich die EU viel zu oft mit dem Mikromanagement des Lebens der Menschen befasst hat. Wir alle ärgern uns über das immer wieder zitierte Beispiel vom Krümmungsgrad der Bananen, während es in puncto Außenhandelspolitik, Friedenssicherung oder Flüchtlings- und Einwanderungspolitik seit Jahren keine Fortschritte zu geben scheint.

Zweitens, die Rosinenpickerei einzelner Mitglieder der EU bringt Europa in Gefahr. Wer wie der britische Brexit-Protagonist Nigel Farage sein EU-Parlamentsmandat für kurzfristige lokale Wahlerfolge seiner Partei in England missbraucht, spielt mit der Zukunft Europas und gefährdet damit die Lebenschancen auf unserem Kontinent. Ich bin nicht der Einzige, dem das missfällt. Guy Verhofstadt hat zu diesem Sachverhalt jüngst in Straßburg sehr klare Worte an die genannte Galionsfigur der antieuropäischen Populisten gerichtet. Ich könnte auch Marine Le Pen zitieren. Ich zitiere aber lieber Jean-Claude Juncker im Rahmen seines Besuchs in St. Vith: „Wenn es ums Nehmen geht, sind alle Vollzeiteuropäer.“ Dabei müsste es aber ein Geben und Nehmen sein. Oder muss ich als Vertreter aus dem Süden Ostbelgiens „ein Geben und Holen“ sagen?

Drittens, seit der Gründung der EU fehlt die gemeinsame Außenpolitik. Der Blick der Gründerväter der EU war vor allem nach innen gerichtet. Krieg in Europa sollte unmöglich werden. Diese Aufgabe bleibt zwar immer noch aktuell, doch in der globalisierten Welt hängt das Wohlergehen Europas immer stärker von den Entwicklungen außerhalb Europas ab. Die Import- und Exportabhängigkeit Europas, die Flüchtlings- und die Ukraine Krise machen dies sehr deutlich.

Als strategischer Akteur auf der Weltbühne ist die EU leider kaum sichtbar. Nur selten gab es bisher ein geeintes Auftreten. Das machen sich externe Mächte zunutze, wie russische und chinesische Spaltungsversuche deutlich zeigen. Ganz krass zeigt sich diese Schwäche in der Flüchtlingsfrage: Einerseits gilt die Türkei wegen der Entwicklungen der letzten Jahre schon als nicht mehr europatauglich, andererseits hat man sich in der Flüchtlingsfrage von diesem zweifelhaften Akteur abhängig gemacht.

Viertens, seit ihrer Gründung hatte die EU das Ziel, gemeinsame Probleme effizienter zu lösen, als nationale Regierungen das im Alleingang können. Die gemeinsame interne Handelspolitik hatte zum Beispiel zum Ziel, intern die Zölle zu eliminieren und gemeinsame Standards zu definieren, und hat so das Produktivitätswachstum und den Handel steigern können. Gleichzeitig haben aber die Gründungsväter der Europäischen Union erkannt, dass dies nur gelingen kann, wenn es auch eine gemeinsame Außenhandelspolitik gibt. Allerdings ist von Erfolgen auf diesem Gebiet bisher so gut wie nichts zu spüren. Man erinnere sich an das ergebnisschwache TTIP und an das CETA-Gerangel.

Fünftens, ein nach innen völlig offener Schengen-Raum der Freiheit erfordert automatisch höhere Anstrengungen im Bereich der inneren Sicherheit. Wann wird Europol endlich nach dem Vorbild von FBI oder Bundeskriminalamt zur exekutiven europäischen Polizeibehörde für bestimmte Delikttypen, einschließlich des Kampfes gegen den Terrorismus, ausgebaut? Wie lange will man in dieser bedrohlichen internationalen Szenerie noch eigenbrötlerisch nationalstaatlich oder gar gliedstaatlich herumwurschteln? Und wie lange soll es noch dauern, bis die EU eine tragfähige gemeinsame Einwanderungs- und Asylpolitik und damit unmittelbar verbunden eine gemeinsame Entwicklungspolitik entwickelt?

Sechstens, für die großen Fragen bedarf Europa einer großen strukturellen Reform, die die Demokratie wieder zum Motor der europäischen Einigung macht. Dazu gehört eine plausible Gewaltenteilung. Bisher ist es leider so, dass die Institution, die niemandem Rechenschaft schuldig ist, also die EZB, am meisten Macht hat, während die Institution, die vom Volk gewählt ist, am wenigsten zu sagen hat, nämlich das Europäische Parlament. Letzteres muss mehr und mehr zum Haus der Demokratie Europas und zur Legitimationsquelle der Kommission werden.

Mit jedem Gesetzgebungsprozess der EU werden die Defizite der aktuellen Praxis deutlich. Jedes Gesetz der Europäischen Union bedarf der Verabschiedung durch den Rat, muss also einstimmig von 28 und später vielleicht 27 Ministern abgesegnet werden, die vorrangig im Interesse ihrer nationalen Regierungen handeln.

Siebtens, wenn die Jugendarbeitslosigkeit in Europa, der größten Volkswirtschaft der Welt, im Schnitt 20 % beträgt, dann heißt das im Klartext: Die EU funktioniert nicht. Die jüngeren Generationen verdienen Antworten auf existenzielle Fragen: Wie können wir ihnen ein besseres Leben geben? Wie können wir sicherstellen, dass sie, wenn sie das Rentenalter erreichen, eine Rente haben, von der sie anständig leben können?

Wohl kaum jemand glaubt im Ernst, dass jeder einzelne Mitgliedstaat für sich allein mit diesem Problem fertig werden könnte. Deshalb fragen die Jugendlichen zu Recht, warum die Herausforderungen in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik von der europäischen Ebene noch immer nicht umfassend beantwortet werden können. Sie empören sich zu Recht, dass die Kassen der öffentlichen Hand immer leerer werden, während sich die zahlungskräftigsten Akteure der Welt durch die Ausnutzung der 28 unterschiedlichen Steuerpolitiken in der EU aus ihrer Verantwortung stehlen können. Sie erwarten zu Recht, dass die von ihnen gewählten Politikerinnen und Politiker langfristige ökonomische Perspektiven in einer Welt des globalen Wettbewerbs bieten und dafür die Kraft des größten Binnenmarktes der Welt, nämlich dem der EU, nutzen.

Kolleginnen und Kollegen, wie ist das zu lösen? Mit mehr Europa oder mit weniger? So paradox das klingen mag: beides ist möglich. Mehr Europa oder besser: ein umfassenderes europäisches Regelwerk ist in den großen Fragen Frieden, Sicherheit, Klima, Finanzen, Sozialpolitik und Außenhandel vonnöten. Alle diese Bereiche lassen sich in unserer globalen Welt nationalstaatlich spätestens seit 1989 nicht mehr sinnvoll ordnen. Weniger europäisches Regelwerk ist gefragt, wenn es um den Alltag in überschaubaren Lebensgemeinschaften geht. Familie, Nachbarschaft und Heimat sind wichtig, geben Halt und Identität. Eine globale Uniformierung in allen Dingen des Alltags wollen und brauchen die Menschen nicht.

Mehr Europa und gleichzeitig weniger Europa, das fordert von der Politik das Kunststück, zwei große entgegengesetzte Trends unter einen Hut zu bringen und gleichzeitig das Allerwichtigste, nämlich das Fundament unserer westlichen demokratischen Verfassungen, das vor allem auf zwei Säulen ruht, nicht aus den Augen zu verlieren. Die erste Säule ist der Traum von der Freiheit und der Eigenverantwortlichkeit des einzelnen Menschen. Entstanden aus dem Widerstand gegen die mittelalterliche Ständegesellschaft und die kirchliche Bevormundung, hat sich der neuzeitliche Individualismus in einem Zeitraum von 500 Jahren – über Renaissance, Aufklärung, Französische Revolution und Arbeiterbewegungen – zu der Gesellschaftsform entwickelt, die das Fundament europäischer Identität ist und deren Früchte – Menschenrechte, Freiheit, Wohlstand und Vielfalt – wir heute Tag für Tag genießen dürfen. Diese über Jahrhunderte gewachsene europäische Identität ist nicht verhandelbar und darf auch in Zukunft nicht zur Disposition stehen. Unser Gesellschaftsmodell verträgt keine Kulturen, in denen Dieben die Hände abgehackt, Ehebrecherinnen gesteinigt, Ungläubige gehängt oder Frauen zwangsverheiratet werden.

Die zweite Säule ist die Solidarität, das freiwillige Zusammenstehen der einzelnen freien Menschen. Der Grund- und Gründungsgedanke der EU ist solidarischer, föderalistischer Natur. Der europäische Föderalismus ist erfolgreich. Seit Jahrzehnten ermöglicht er das friedliche Zusammenleben und verhindert Übermacht, Konflikte und Kriege. Vor allem die Mitgliedstaaten, die auf einem bundesstaatlichen Modell aufbauen, sind Vorreiter für den Integrationsprozess gewesen und werden auch in Zukunft noch eine wichtige Rolle zu spielen haben.

Der Spagat zwischen der Freiheit des Einzelnen und der Einforderung von Solidarität ist kein einfacher. Ich möchte dies anhand von einigen griffigen Beispielen verdeutlichen. Kein Kegelclub, der einen Vereinsausflug unternimmt, würde ans Ziel kommen, wenn sich alle Ausflügler nach einem einzelnen Mitreisenden richten müssten. Dagegen müssen 28 oder demnächst 27 europäische Staatschefs den europäischen Gesetzen einvernehmlich zustimmen. Wegen dieses Verfahrens ist Europas Handlungsunfähigkeit leider schon oft dokumentiert worden. So hat Europa beispielsweise zu keinem der großen Konflikte in der Nachbarschaft mit einer Stimme sprechen können, weder zum Irakkrieg noch zum Libyen-Streit, weder zur Ukraine oder zur Krim noch zum Syrien-Konflikt. Das Ergebnis: Europa wird nicht mehr ernst genommen, wenn es ernst wird.

Unsere Tradition, unsere Geschichte und die eben von mir geschilderte gewachsene europäische Identität müssen endlich zur Partitur des Orchesters Europa werden. Solange jeder Musiker nicht nur sein eigenes Instrument mitbringt, sondern darauf auch noch seine eigenen Noten spielt, wird Europa nicht gelingen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei ProDG, der SP und der PFF)

HERR MIESEN, Präsident: Für die VIVANT-Fraktion hat Herr Balter das Wort.

HERR BALTER *(vom Rednerpult)*: Meine Damen und Herren, in der Volksschule in Manderfeld hing vor Jahrzehnten eine große Karte von Europa an der Wand. Ich sehe sie heute noch vor mir. Als kleiner Junge war ich von dieser Karte beeindruckt. Einige Länder wie Belgien, Luxemburg, die Niederlande, Deutschland, Frankreich und Italien waren auf dieser Karte bunt, andere grau eingefärbt. Die Lehrerin erklärte uns Schülern damals, dass diese grau markierten Länder bald „zu uns“ gehören würden und dass man mit ihnen verhandle. Mit „zu uns“ meinte die Lehrerin die damalige Europäische Gemeinschaft. Und „uns“ ging es gut. Wie es den anderen Ländern ging, das wusste ich nicht, aber man hörte nichts Gutes. Eine dritte Gruppe von Ländern war auf der Karte einfach nur weiß dargestellt. Die gehörten nicht „zu uns“ und mit ihnen verhandelte man auch nicht.

Damals gab es noch den Eisernen Vorhang, und als Kind wünschte ich mir, dass alle Länder bunt wären und „bei uns im Verein“ mitmachen würden. Dieses Bild aus meiner

Primarschulzeit prägte meine Einstellung zur Europäischen Union. Später, als Jugendlicher und junger Erwachsener, sah ich in den Kritikern der EU Unaufgeklärte, die nicht wissen, welche Vorteile dieser gemeinsame Binnenmarkt hat, und zwar die Vorteile des grenzenlosen Handels.

Für mich war die Grundidee der EG, der späteren EU, das Symbol für Frieden und Wohlstand. Doch irgendwann änderte sich mein Bild. Ich war schon immer kritisch gegenüber der Obrigkeit und irgendwann ging mir dann ein Licht auf. In der Schule hatte ich gelernt, wie Demokratie funktionieren sollte, aber ich spürte, dass die EG und die spätere EU das etwas anders handhaben.

In Zeitungen las ich Artikel über Gesetze und Vorschriften, die in meinen Augen keinen Sinn ergaben. So zum Beispiel die berühmten Richtlinien zur Größe von Lebensmitteln. Dann las ich, dass die Landwirtschaft in der EG stark subventioniert und der Überschuss in afrikanische Länder exportiert würde, was dort die heimischen Märkte zerstöre. Der Hunger wurde also nicht gemindert, sondern gefördert. Das alles machte mich stutzig und ich fragte mich, was die eigentlich mit dem ganzen Geld machen.

Meine Damen und Herren, vielleicht erinnern Sie sich noch an die Diskussion über die EU-Weinbausubventionen vor etwas mehr als zehn Jahren. Zuerst gab es Prämien in Höhe von mehr als 900 Millionen Euro zur Förderung des Weinbaus. Allerdings: Der ganze Wein wurde nie getrunken. Ein Teil des Weins wurde sogar nie in Flaschen abgefüllt. Deshalb gab es eine zweite Prämie der EU, rund 320 Millionen Euro, um die Vernichtung des überschüssigen Weins zu finanzieren. Große Genossenschaften, insbesondere in Spanien und Italien, hatten sich darauf spezialisiert, Billigwein zu produzieren. Um die Qualität der Ernte machte sich niemand Gedanken. Lohnenswert war die Produktion von Massenwein ausschließlich deshalb, weil die EU für die Verarbeitung des Weins zu Reinalkohol Subventionen zahlte. In Italien wurde subventionierter Ex-Wein sogar dem Bio-Sprit beigemischt, der dann nach Brasilien exportiert wurde. Ja, meine Damen und Herren, Sie haben richtig gehört.

Die zuständige Kommissarin ist damals mit ihren Reformplänen gescheitert, und heute sieht es nicht besser aus. Im Gegenteil: Im vergangenen Jahr hat der EU-Rechnungshof zum wiederholten Mal die gigantische Verschwendung von Steuergeldern kritisiert. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Insgesamt rund 400 Millionen Euro aus den EU-Strukturfonds hat die Brüsseler Behörde „ineffizient ausgegeben“, heißt es. Das ist ein Drittel der Gesamtsumme. Auf das Problem hat der EU-Rechnungshof schon mehrfach hingewiesen.

Vor sieben Jahren hatten die Luxemburger Prüfer die unsinnige Subventionierung von Seehäfen in einem ersten Bericht moniert. Bewirkt hatten sie damit gar nichts. Was die Rechnungsprüfer entdeckten, ist an Absurdität kaum noch zu überbieten. „97 Millionen Euro wurden in Infrastrukturen investiert, die in den vergangenen drei Jahren kaum ausgelastet waren oder gar nicht benutzt werden“, heißt es in dem offiziellen Bericht. Es gibt sogar zwei öffentlich geförderte Häfen, in denen noch nie ein Schiff entladen wurde. „Wir haben das lange und ausführlich mit den zuständigen Beamten der EU-Kommission diskutiert. Konsequenzen aus dem Vorgang wurden trotzdem bis heute nicht gezogen“, berichtete der Rechnungshofprüfer. Die schriftliche Quelle liegt mir hier vor. ... (*Zwischenruf von Herrn Arimont*) ... Vor einem halben Jahr ist das im Handelsblatt veröffentlicht worden. Das würde ich mir an Ihrer Stelle einmal nachlesen.

Meine Damen und Herren, der offizielle Prüfungsbericht des EU-Rechnungshofs ist eine wahre Fundgrube für Beispiele, die die irrsinnige Verschwendung von Steuergeldern durch die EU dokumentieren. Ich zitiere hier wohlgermerkt nicht irgendwelche Anti-EU-Seiten, sondern den offiziellen Bericht des Rechnungshofs, der von der EU selbst in Auftrag gegeben wird. Ich finde es wahrlich eine Schande, dass die Medien hierzulande nicht darüber berichten: ein Hafen ohne Schiffe, eine Skipiste im flachen Dänemark, ein Flughafen ohne Gäste.

Die Mitglieder des Haushaltskontrollausschusses im Europaparlament haben schon vieles gesehen. Manchmal sehen sie aber auch nichts. Sie sehen keine Straße, die zu einer neuen Brücke führt; sie sehen kein einziges neues Flugzeug am längst eröffneten Flughafen; sie sehen keine Schafherde bei dem Bauern, der doch genau dafür eine Förderung bekam. „Welchen Stein man auch umdreht, es wuselt darunter“, sagte ein Mitglied des Ausschusses.

Meine Damen und Herren, jeder Euro, den die EU verschwendet, könnte an einer anderen Stelle etwas Gutes bewirken. Am einfachsten wäre, er würde die Taschen der Steuerzahler entlasten. Hier geht es nicht um einfache Fehlplanungen, sondern um immense Summen, für die die Bürger der EU hart arbeiten müssen. Auch dies muss angesprochen und diskutiert werden.

Aber das ist nur eine Seite der EU. Eine andere ist der Umgang mit der Demokratie oder mit dem, was von ihr noch übriggeblieben ist. Selbst EU-Befürworter kritisieren lautstark die Schwäche des EU-Parlaments, die Machtfülle der Europäischen Zentralbank und die unbegrenzte Macht der EU-Kommission. Der ehemalige deutsche Bundespräsident Roman Herzog hat dies einmal folgendermaßen zusammengefasst: „Europa entmachtet uns und unsere Vertreter.“ Damit meinte er natürlich die EU-Institutionen. In seiner sachlichen Kritik am EU-Demokratie-Defizit schlussfolgerte er, dass das rechtliche wie faktische Gewicht der Gesetzgebung der EU-Institutionen in außergewöhnlichem Maße die nationale Gesetzgebung überlagere.

Mehr als 80 % der nationalen Gesetze werden von der EU bestimmt. Und die kommen nicht vom gewählten EU-Parlament. Das Europäische Parlament besitzt, im Gegensatz zu allen anderen Parlamenten, kein uneingeschränktes legislatorisches Initiativrecht. Das Recht der Gesetzesinitiative liegt auf EU-Ebene mit wenigen Ausnahmen allein bei der Europäischen Kommission, die bekanntlich von den Bürgern nicht direkt gewählt wird.

Auch der enorme Einfluss der Lobbyisten sollte nicht unerwähnt bleiben. Im Januar dieses Jahres berichtete die Organisation *Transparency International* in ihrer jüngsten Untersuchung von der großen Verstrickung von EU-Politikern und EU-Kommissaren mit der Wirtschaft. Demzufolge arbeitet jeder dritte EU-Abgeordnete nach seinem Ausscheiden für ein Unternehmen, das auf dem EU-Lobbyregister steht. Bei den Ex-Kommissaren ist die Quote noch höher. Wer sich darüber informieren möchte, dem empfehle ich den Dokumentarfilm *The Brussels Business – Wer steuert die Europäische Union?* Diesen Film sollte man in der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen der Aktionstage zur politischen Bildung einmal zeigen. Herr Paasch, vielleicht notieren Sie sich diesen Tipp. Aber Sie haben es ja selbst ...

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*aus dem Saal*): Keine Zeit dafür!
(*Gelächter*)

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): ... nicht so mit der Transparenz.

Diese Missstände in Brüssel sind allgemein bekannt und werden auch von EU-Befürwortern immer lauter diskutiert. Man will etwas ändern. Mit „man“ sind jedoch die gleichen Leute gemeint wie die, die diesen Irrsinn jahrelang gefördert haben. Wie heißt es doch so schön: „Wenn du einen Sumpf trockenlegen willst, frage nicht die Frösche!“

Schauen wir uns einmal an, was jetzt auf dem Tisch liegt.

HERR VELZ (*aus dem Saal*): Sie wiederholen sich!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Jean-Claude Juncker präsentierte ein Weißbuch mit folgenden fünf Szenarien. Szenario 1: weiter so wie bisher. Das wäre unsinnig, weil es ja bekanntermaßen nicht funktioniert und die Menschen dies immer weniger unterstützen.

Szenario 2: Schwerpunkt Binnenmarkt: Das ist schon sinnvoller, allerdings müsste zuerst der Sumpf trockengelegt werden.

Szenario 3: ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten.

Szenario 4: weniger EU, aber effizienter: Dieses Szenario ist auch gefährlich. Effizienz ist in Brüssel eine ebenso große Unbekannte wie Transparenz.

Szenario 5: viel mehr gemeinsames Handeln: Ein europäischer Zentralstaat wie ihn Verhofstadt propagiert, ist die größte Gefahr. Seien wir ehrlich, meine Damen und Herren, bei einem solchen Szenario würden die nationalen Parlamente noch mehr beraubt, weil alles von Brüssel geregelt würde. Absolutistische Machtsysteme lassen grüßen! Ich bin sicher, dass die Mehrheit der Bürger in Europa etwas anderes will.

Das erste Problem bei diesem Weißbuch und der angestrebten Grundsatzdebatte ist, dass der Mensch nicht im Mittelpunkt steht, auch wenn man versucht, diesen Anschein zu vermitteln. In diesem Weißbuch heißt es auf Seite 26: „Dieses Weißbuch soll eine ehrliche und umfassende Debatte mit den Bürgerinnen und Bürgern darüber anstoßen, in welche Richtung sich Europa in den kommenden Jahren entwickeln sollte.“ Ich frage Sie: Glauben Sie wirklich, dass dies seriös gemeint ist von Leuten wie Juncker, der einmal gesagt hat: „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei und keine Aufstände gibt, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“ Ich muss dieses Zitat einfach immer wieder anführen, weil es den Charakter dieses Mannes so treffend beschreibt. Und dabei hat gerade ein Mann wie Juncker in der EU einiges zu sagen.

Den Bürger befragen? Um Gottes willen! Wie der Teufel das Weihwasser scheut, so meiden die EU-Verantwortlichen die Meinung des Bürgers. So geschehen bei der Diskussion über den EU-Verfassungsvertrag und später bei der Abstimmung über den Vertrag von Lissabon. Erinnern Sie sich? Als Irland damals mit Nein stimmte, sagte Juncker, dass wir ein Problem hätten. Aber wieso denn? Wenn ein Volk gewählt und Nein zu diesem Vertrag gesagt hat, dann sollte man diese Entscheidung akzeptieren. Doch das tat man nicht, sondern ließ neu wählen. Die Geschichte kennen Sie. Die entscheidende Frage, die man sich da stellen muss, lautet: Was ist das Ziel der Verantwortlichen? Friede und Wohlstand für die Bürger oder Kontrolle, Macht und Abhängigkeit?

Meine Damen und Herren, wir sollten uns auf das konzentrieren, was Frieden unter den Völkern schafft. Die Völker Europas sollen Handel miteinander treiben und Wohlstand schaffen. Das sollte unser Hauptbestreben sein. Eine übergeordnete staatliche Macht, eine Zentralisierung der Macht entfernt uns mehr und mehr von diesem Grundgedanken. Und genau das geschieht gerade. Die Geschichte lehrt uns, dass zentralistisch geführte Staaten nie lange Bestand gehabt haben. Sicher gibt es Ausnahmen, aber diese Länder nehmen es dann nicht so genau mit der Demokratie und die Menschen haben es dort selten besonders gut.

Für mich steht fest: So, wie es heute in der EU läuft, funktioniert es nicht. Politisch ist die EU zerstritten, wirtschaftlich ist sie schwach, teilweise am Ende. Einzelne Länder sind hoch verschuldet und ein Heer von Arbeitslosen blickt ohne Hoffnung in die Zukunft. Die Menschen haben es satt. Der Brexit, das Referendum in Italien, das vermehrte Aufkommen von EU-kritischen Parteien sowie der Zugewinn der Rechts- und der Linksradiكالen bei Parlamentswahlen zeugen davon. TTIP und CETA stehen beispielhaft für die EU-Politik, alles im stillen Kämmerlein und am Volk vorbei regeln zu wollen. Mehr und mehr Bürger erkennen dies.

Meine Damen und Herren, vielleicht sollten die Verantwortlichen endlich anfangen, den Menschen ehrlich zu erklären, was Sache ist. Es gibt nicht *die* Lösung. Alles ist komplex und kompliziert, und eine kurze Themendebatte reicht sicherlich nicht aus, um Licht ins Dunkel der Machenschaften der EU zu bringen und vernünftige Lösungen zu präsentieren.

Ich könnte noch viele Themen aufgreifen, z. B. die menschenverachtende Außenpolitik der EU, die berühmten Freihandelsabkommen, die EPAs mit den Drittweltländern, die den Hunger in der Welt nur vergrößern. Aber das wissen Sie alles, denn den besagten Abkommen haben Sie in diesem Parlament teilweise sogar zugestimmt. Der Verkauf von Waffen an Länder, die die Menschenrechte missachten, wird ohne Weiteres geduldet.

Ein anderes Beispiel, das ich nennen könnte, ist die zerstörerische Finanzpolitik der EZB. Schauen Sie sich die Entwicklung in Griechenland und in Island an. Vielleicht erinnern Sie sich noch daran: Island befand sich vor einigen Jahren in einer tiefen Krise. Darüber redet man heute nicht mehr. In Island hat man genau das Gegenteil von dem gemacht, was die EU wollte. Man hat das Volk befragt und das Volk hat Nein zu den *Bankstern* gesagt und hat sie rausgeschmissen. Die EU wollte das verhindern. Gott sei Dank ist Island nicht in der EU! Übrigens: Alle EU-Begeisterten hier sollten mal einen Schweizer oder einen Norweger fragen, was er von der EU hält und ob er sein Land gern als Mitglied der EU sehen möchte. Ich glaube, der Schweiz und Norwegen geht es sehr gut. Das sind die Länder in Europa, die den größten Wohlstand haben, und sie sind nicht in der EU!

HERR ARIMONT (*aus dem Saal*): Aber sie übernehmen alle Gesetze!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Es gibt doch tatsächlich Politiker, auch hier im Hause, die sich Demokraten nennen und gleichzeitig sagen, dass es in Europa keine Alternative zur EU gäbe. So etwas als Demokrat zu sagen, ist in meinen Augen absurd. In einer Demokratie muss es immer Alternativen geben! Das ist doch der Grund, warum wir hier diskutieren. Wir sind anderer Meinung, aber wir diskutieren. Der frühere deutsche Bundespräsident Weizsäcker hat einmal gesagt: „Demokratie lebt vom Streit, von der Diskussion um den richtigen Weg.“

Eines hat uns die Geschichte gelehrt: Es gibt nichts, was ewig Bestand hat, nur die Veränderung. Sie ist eine Konstante.

Was die EU angeht, belasse ich es heute bei diesen Aussagen. Zum Schluss möchte ich Sie noch ein wenig zum Nachdenken anregen.

Meine Damen und Herren, niemand in diesem Hause wünscht sich den belgischen Zentralstaat zurück – niemand. Es ist jedoch erschreckend zu sehen, dass hier fünf Parteien nach einer eigenständigen Region streben, dass sie jedoch in der zentralistischen EU keinen Widerspruch, sondern ...

HERR VELZ (*aus dem Saal*): In der föderalistischen EU!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): ... sogar eine Rettung sehen!

HERR VELZ (*aus dem Saal*): Wir reden von einer föderalistischen EU!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Sie fordern ... Ja, Herr Velz, Sie fordern ...

HERR VELZ (*aus dem Saal*): Föderalistisch!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): ... mehr Selbstbestimmung. Auf der anderen Seite unterstützen Sie jedoch die Entmachtung der Nationalstaaten Europas und sogar die Entmachtung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Ich muss Sie nicht daran erinnern ... Sie können zwar mit dem Kopf schütteln, aber Sie wissen, dass das so ist! ... Wie viele EU-Richtlinien flattern hier ins Parlament, zu denen immer nur Ja und Amen gesagt wird?

HERR VELZ (*aus dem Saal*): Sie haben nicht zugehört!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Das Budget einer Gemeinde in Ostbelgien wird zumindest indirekt durch die EU bestimmt, das wissen Sie genau!

Meine Damen und Herren, fragen Sie die Bürger, die Menschen da draußen, was für eine EU sie sich wünschen und in welchem Europa sie leben wollen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(*Applaus bei VIVANT*)

HERR MIESEN, Präsident: Für die SP-Fraktion hat Herr Lambertz das Wort.

HERR LAMBERTZ (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder von Regierung und Parlament! „Was ist mit dir los, humanistisches Europa, du Verfechterin der Menschenrechte, der Demokratie und der Freiheit?“ Das war die Frage, mit der Papst Franziskus im vergangenen Jahr auf die Verleihung des Karlspreises in Rom antwortete. Es lohnt sich, diese Rede eines Südamerikaners zu Europa und zur Europäischen Union etwas genauer zu lesen, denn darin wird zweierlei deutlich: einerseits die Bewunderung für das, was diese Union zustande gebracht hat, und andererseits die Enttäuschung über das, was derzeit nicht funktioniert.

Ja, die Europäische Union hat 2012 zu Recht den Friedensnobelpreis erhalten. Und es stimmt auch, was Barack Obama auf einer seiner letzten Reisen nach Europa sagte: Die Europäische Union, der europäische Einigungsprozess ist neben dem Wegfall des Eisernen Vorhangs zweifellos die größte politische Leistung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf dem europäischen Kontinent.

Es war ein beeindruckender Schritt, als sich die Väter der Europäischen Union im Jahr 1950, nur wenige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, auf dessen Scherben einigen konnten, die beiden kriegsnotwendigen Industriezweige Kohle und Stahl gemeinsam europäisch zu gestalten, um somit jedem einzelnen Staat die Möglichkeit einer kriegstreibenden Tätigkeit zu verwehren. Fast wäre einige Jahre später sogar die Europäische Verteidigungsunion gelungen, die heute zu Recht von sehr vielen gefordert wird und die wir in der Tat brauchen, wenn wir uns in der Welt richtig positionieren wollen.

Ja, Europa hat uns allen sehr viel gebracht. Das wurde schon von einigen meiner Vorredner erwähnt. Ich werde diese Aussagen nicht wiederholen. Auf dem europäischen Kontinent hat es nie so lange ununterbrochen Frieden gegeben wie in den letzten Jahrzehnten, nie so viel Wohlstand – trotz aller bestehenden Unzulänglichkeiten – und vor allem nie so viel Bewegungsfreiheit. Wer mein Alter erreicht hat – und das ist in diesem Hause nur eine einzige Person –, der kann sich noch sehr gut daran erinnern, was es hieß, bei jedem Grenzübertritt eine Kontrolle über sich ergehen lassen zu müssen. Stellen wir uns nur einmal vor, was eine Neueinführung dieser Grenzkontrollen für Tausende von Grenzgängern bedeuten würde, die jeden Tag nach Deutschland oder nach Luxemburg zur Arbeit fahren.

Zu meiner Studentenzeit war es etwas Außergewöhnliches, wenn jemand im Ausland studieren konnte. Heute gehört das Erasmus-Projekt für Zigtausende junge Menschen, die während ihres Studiums eine ausländische Universität besuchen, zum europäischen Alltag.

Alle diese Beispiele sind Errungenschaften, auf die wir stolz sein können. Dennoch stimmt das, was Martin Schulz im Jahr 2012 bei seiner Antrittsrede als Präsident des Europäischen Parlaments in Straßburg sagte: „Es besteht die Gefahr eines Paradigmenwechsels.“ Martin Schulz meinte damit, dass dieses Europa, das jahrzehntelang die Hoffnung der Menschen auf eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen bedeutete, nun zunehmend von immer mehr Menschen als eine Bedrohung ihrer Situation empfunden wird. Das ist schon eine sehr bedenkliche Entwicklung, die uns aufrütteln und die geändert werden muss.

Bei der Finanz- und Staatsschuldenkrise, bei der Eurokrise und vor allem bei der Flüchtlingskrise haben wir erlebt, was in der EU alles nicht funktioniert. Gerade bei der Flüchtlingskrise haben wir in eindrucksvoller Weise erlebt, wie zerbrechlich die vermeintlich gemeinsamen europäischen Werte sind, die unser Zusammenleben ordnen und ihm eine Orientierung geben sollen. In der Tat droht Europa infolge der vielen institutionellen Unzulänglichkeiten, die die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union ganz massiv bedrohen, krank zu werden. Es besteht die Gefahr einer zunehmenden Desintegration, weil im Norden, im Osten, im Süden und im Westen Europas jeder eine andere Vorstellung davon hat, wohin der gemeinsame Weg führen soll. Dabei ist es noch nicht einmal so wichtig, ob alle diesen Weg in derselben Geschwindigkeit gehen oder ob wir mit einer *géométrie variable* – wie es auf Französisch so schön heißt – arbeiten. Viel wichtiger ist, dass dieser Weg in dieselbe Richtung führt, denn sonst werden wir mit dem europäischen Integrationsprozess nicht vorankommen. Wichtig ist auch, dass Europa einen spürbaren Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit und zum Abbau von sozialen Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten leistet. Das scheint mir und übrigens nicht nur mir von fundamentaler Bedeutung.

Im Jahr 2006 erhielt der damalige luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker in Aachen den Karlspreis. Juncker hat damals, noch vor der Finanzkrise, eine sehr beeindruckende Rede gehalten. Darin sagte er u. a.: „Wenn wir es nicht schaffen, in den nächsten zehn Jahren aus dieser höchst erfolgreichen wirtschaftspolitischen Konstruktion Europa auch eine sozialpolitisch erfolgreiche Union zu machen, dann wird Europa scheitern.“ Diese zehn Jahre sind im Mai 2016 um und wir müssen zumindest festhalten, dass die von Juncker propagierte sozialpolitisch erfolgreiche Europäische Union noch lange nicht erreicht ist.

Was hat das alles mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu tun? Meiner Meinung nach eine ganze Menge. Es wurde bereits gesagt, dass ein Großteil der europäischen Gesetzgebungen auch auf das legislative Handeln in der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen konkreten Einfluss hat. Gerade wir als Minderheit, als Kleingliedstaat und als Grenzregion sind ganz besonders von der konstruktiven und positiven Einbindung in eine gut funktionierende Europäische Union als Rahmen für unsere eigenen autonomen Gestaltungsmöglichkeiten abhängig. Dazu gehören die offenen Grenzen, die Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Kooperation und sicherlich auch die Mittel aus den europäischen Strukturfonds.

In welche Richtung soll es nun gehen? Noch mehr Europa? Oder weniger Europa? Verabschiedung von der europäischen Integration und Rückkehr zu einer rein nationalstaatlichen Politikgestaltung? All das steht zur Diskussion. Wenn man sich die politischen Debatten anhört, die im Vorfeld der niederländischen Wahlen, der französischen, und der österreichischen Präsidentschaftswahlen sowie anlässlich des Parteitags der AfD in Deutschland stattgefunden haben, wird einem bewusst, wie umstritten das europäische Projekt mittlerweile geworden ist.

Das Weißbuch der EU-Kommission zeigt Lösungen auf und fordert zu einer breiten Diskussion auf. Genau diese Diskussion führen wir heute hier. Es ist natürlich richtig – manchmal kann man sogar Herrn Balter recht geben –, dass die Problematik rund um die Europäische Union sich nicht mit einer Diskussion regeln lässt. Wichtig ist jedoch, dass wir uns detailliert mit diesen Fragen auseinandersetzen und uns nicht nur die im Weißbuch aufgeführten Alternativen anschauen, sondern auch die fünf thematischen Dokumente, die in den nächsten Wochen und Monaten zur sozialen Dimension, zur Globalisierung, zur Wirtschafts- und Währungsunion, zur europäischen Verteidigung und zur Sicherheitspolitik herausgegeben werden. Die Diskussion darüber ist nötig und wir müssen sie ebenfalls führen.

Aus der Sicht der SP-Fraktion sind drei Dinge zu erwähnen. Das mache ich stichwortartig und eher im Hinblick auf zukünftige Diskussionen als mit der Absicht, sie heute

abschließend zu erörtern. Erstens, wir müssen uns erneut die Frage stellen, warum wir überhaupt eine Europäische Union brauchen. Mit dieser Grundsatzfrage sollten wir uns sehr ausführlich auseinandersetzen. Dabei wird man meiner Auffassung nach sehr schnell zu dem Ergebnis gelangen, dass es zu Beginn des 21. Jahrhunderts keine einzige große gesellschaftliche Herausforderung gibt, die ein einzelner Staat, so groß er auch sein mag, alleine meistern kann: weder den Klimaschutz, die Friedenssicherung, die Sicherheit, den demografischen Wandel oder die Folgen der Digitalisierung noch die zunehmende Verbreitung der sogenannten künstlichen Intelligenz. Dies sind nur einige Themen, die uns bei der Beantwortung der Frage helfen, weshalb wir Europa wirklich brauchen.

Zweitens, wir müssen uns klar werden, welche gewaltigen Schief lagen derzeit in Europa bestehen. Europa ist ein Riese, wenn es um das Regeln von überflüssigen Details geht, und ein Zwerg, wenn es um die großen politischen Herausforderungen in der Außenpolitik geht. Zwar wirft auch ein Zwerg einen langen Schatten, wenn die Sonne tief genug steht, aber das kann nicht die Lösung für Europa sein. Es fehlt an demokratischer Legitimation. Es hat eine Wirtschafts- und Währungsunion gegeben, der keine echte Wirtschafts- und Haushaltsunion gefolgt ist. Der Wettbewerb dominiert einseitig, auch gegenüber den Dienstleistungen öffentlichen Interesses. Zudem droht die Austeritätspolitik die Handlungs- und Investitionsfähigkeit vieler Gebietskörperschaften zu zerstören. All das sind Schief lagen, die beseitigt werden müssen. Dazu können die Gebietskörperschaften, die Regionen und insbesondere die Regionen mit Gesetzgebungshoheit eine ganze Menge beitragen.

Im Grunde sind die regionale und die lokale Ebene die Politikebenen, die den Bürgern am Nächsten stehen und wo die Bürger die Politiker direkt erreichen können. Wenn es nicht gelingt, auf diesen Ebenen den Mehrwert der europäischen Initiativen zu vermitteln und den dortigen Problemen in Europa Gehör zu verschaffen, können die europäischen Institutionen nicht erfolgreich arbeiten.

Drittens, die Regionen sind auch der lebendige Ausdruck der europäischen Vielfalt, die eine große Trumpfkarte darstellt. Die Regionen sind zudem die Ebene, auf der das europäische Sozialstaatsmodell konkret gelebt wird, das sich sehr positiv von allem anderen abhebt, was wir auf der Welt in diesem Bereich kennen. Die Regionen sind übrigens auch die Ebene, wo letztlich die eigentliche Debatte über die Werte stattfindet, die uns in Europa vereinen sollen. Wenn wir eine offene Gesellschaft sein wollen, wenn wir mehr Einwanderung zulassen möchten, müssen wir uns ebenfalls darüber im Klaren sein, welche Werte alle zu vertreten haben, wie diese zustande kommen und welcher Dialog dafür notwendig ist. Das kann man mit Sicherheit nirgends besser diskutieren als auf der lokalen und regionalen Ebene.

Abschließend möchte ich eines ganz deutlich sagen: Die Zukunft der Europäischen Union findet nicht in Brüssel, Straßburg und Luxemburg, sondern hier und überall dort statt, wo die Menschen leben. Dort muss dieser Mehrwert deutlich werden. Dort muss angepackt werden und dort muss geklärt werden, was wir von Europa erwarten und was wir besser selbst in die Hand nehmen. Aber in die Hand nehmen müssen wir es schon. Das hat der ehemalige deutsche Bundespräsident Joachim Gauck am 23. Februar 2013 im Rahmen seiner großen europapolitischen Rede sehr deutlich und hervorragend zum Ausdruck gebracht, indem er sagte: „Mehr Europa ist nötig und mehr Europa fordert mehr Mut bei allen. Europa braucht jetzt keine Bedenken träger, sondern Banner träger, keine Zauderer, sondern Zupacker, keine Getriebenen, sondern Gestalter.“ Ich glaube, das ist genau das, worauf es jetzt ankommt. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der SP, ProDG und der PFF)

HERR MIESEN, Präsident: Für die ECOLO-Fraktion hat Herr Mockel das Wort.

HERR MOCKEL *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Zuerst habe ich mich – ohne den Sinn der Debatte infrage zu stellen – gefragt,

ob wir diese Debatte hier und heute führen müssen. Aber angesichts der Dinge, die allein in den letzten 12 Monaten in Europa geschehen sind, ist es vielleicht kein schlechter Zeitpunkt, denn wir brauchen Europa auf jeden Fall. Dies meine ich nicht vorrangig im Hinblick auf die materielle, sondern vielmehr auf die ideelle Notwendigkeit, d. h. im Hinblick auf die Vorstellung, was Europa sein sollte.

In vielen Ländern und nicht zuletzt auch in Belgien brauchen wir einen Raum, in dem darüber diskutiert und nachgedacht wird, was uns vereint, in dem danach gesucht wird, was man gemeinsam machen möchte. Mit diesem Raum meine ich keinen Diskussionsraum nur für Politiker, sondern einen für alle, für jeden einzelnen Bürger und jede einzelne Bürgerin der EU. Eine Gesellschaft, in der nur darüber diskutiert wird, was uns trennt, was oder wen man hasst, was man nicht will, hat ein grundsätzliches Problem: Diesen Zustand kann kein Staat und keine Gesellschaft auf Dauer aushalten.

Wirkt man einer solchen Entwicklung nicht entgegen, riskiert man den Zerfall des sozialen Zusammenhalts, der wirtschaftlichen Stärke bzw. des Wohlstands und der Umwelt auf unserem Kontinent bzw. auf unserem Planeten. Gerade weil dieser Diskussionsraum in den letzten Jahren in Europa abhandengekommen ist, ist der Frust über die Europäische Union so groß.

Wir Grünen sind gegen Handelsverträge wie TTIP, die so gestrickt sind, dass vor allem große Konzerne davon profitieren und die einzelnen Staaten noch weniger Handlungsspielraum haben, wenn sie etwas für ihre Bevölkerung durchsetzen möchten. Wir Grünen sind gegen Entsenderichtlinien, die es leicht machen, auf öffentlichen Baustellen – auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – mit Arbeitnehmern aus anderen EU-Ländern unter einem legalen Deckmäntelchen Lohn- und Sozialdumping zu betreiben. Wir sind dagegen, dass Konzernlobbyisten einen verbraucherfeindlichen Einfluss auf Normen und Entscheidungen ausüben. Wir Grünen sind dagegen, dass für fortschrittliche Entscheidungen über soziale oder steuerliche Themen demnächst das Ja von 28 oder 27 Regierungen notwendig sein soll. Wir sind dagegen, dass mit einem Deal, der seinesgleichen sucht, mehrere Millionen Menschen in der Türkei, im Libanon und in Jordanien auch im Winter in Zelten geparkt werden und dass sich niemand ernsthaft darum bemüht, für diese Menschen in ihrem Land oder bei uns in Europa eine organisierte, vernünftige Lösung zu finden. Aber auch wenn wir dies alles ablehnen, heißt das noch lange nicht, dass wir gegen das europäische Prinzip oder grundsätzlich gegen die Europäische Union sind.

Als Belgier und erst recht als Grüner weiß ich nämlich auch, dass ohne den Druck der EU-Richtlinien die in den 1980er-Jahren als „Müllhalde Europas“ verschriene Wallonie dies vielleicht heute teilweise immer noch wäre und dass José Happart seine Vogelfänger immer noch bezuschussen würde. Ich weiß auch, dass Belgien und viele andere kleine Staaten ohne die EU nie den Aufwand betreiben könnten, Abertausende von Produkten so zu kontrollieren und zu normen, dass sie im Verbraucherschutz den Stand erreichen, den sie heute kennen.

Gerade als Ostbelgier weiß ich auch, dass wir keine Wiedereinführung von Schlagbäumen an den Grenzen brauchen. Zäune und Mauern im Osten hatten wir ja schon.

Ich lasse mir weder von Rechten noch von Linken, noch von sinnfreien Populisten das Instrument und die Idee Europa kaputtreden. Europa ist keine unsichtbare Hand, kein Gespenst und auch keine unverrückbare Masse von 32.000 EU-Kommissionsbeamten.

Wir brauchen wieder Bürger, die die europäische Idee positiv besetzen, die sie weder den Technokraten noch den Alles-Schlecht-Rednern überlassen. Dazu brauchen wir wieder mehr Bescheidenheit und weniger finanzielles Anspruchsdenken der sogenannten Eliten. Der Unterschied bei den Vermögen und Einkünften zwischen dem oberen Prozent und den unteren 20 % der Bevölkerung ist in Europa auf einem historischen Höhepunkt angelangt. Der letzte Rekord wurde 1913 erreicht, und wir alle wissen, was 1914 war.

Des Weiteren brauchen wir Menschen und Politiker, die eine positive Alternative mit Worten, Ideen, Inhalten und vor allem mit umgesetzten Inhalten aufbauen. Wir brauchen Menschen und Politiker, die vermitteln können, dass das Umsetzen natürlich länger dauert als das Reden. Wir brauchen Menschen, die sich von ihrem Kurs nicht abbringen lassen und die klarmachen, dass für alle das Ziel erkennbar bleibt und erkennbar näher rückt. Diese Menschen, ob es sich jetzt um die Bürgerschaft, um Wähler oder Politiker handelt, werden es dann schaffen, eine neue Dynamik in Gang zu setzen, um manche in die Wüste zu schicken: die Schäubles und Ruttés, die Geschichten von der schwäbischen oder der holländischen Hausfrau und ihrer Kasse faselnd; die De Guchtés und Konsorten, die oft jenseits der Fakten, aber ohne die eigene Tasche zu vergessen, aus dem Liberalismus eine Glaubensfrage machen; oder die Farages und die Le Pens. Letztere wollen wir aber erst gar nicht hineinlassen, sondern ihnen die Stirn bieten.

Wir können und wollen nämlich eine EU haben, die Ziele verfolgt, die die unteren Grenzen der sozialen Absicherung nach oben ziehen und nicht die höheren Standards nach unten reißen; eine EU mit höheren Klimaschutzziele, die gute Arbeitsplätze schaffen und dem ganzen Planeten nutzen; eine EU mit einem Mehr an europäischer Energiepolitik, die schnellstmöglich die Rolle fossiler Brennstoffe wie Braun- und Steinkohle reduziert und die schnellstmöglich der tickenden Zeitbombe Atomenergie den Garaus macht; eine EU mit einem Mehr an Außenpolitik, nicht um Macht auszubreiten, sondern um Krieg und Armut in der Welt zu verringern, denn niemand flüchtet gerne oder aus nebensächlichen Gründen aus seiner Heimat.

Ob wir dies sofort mit 27 oder zunächst mit nur 16 oder 17 EU-Mitgliedstaaten angehen können, kann ich heute nicht sagen, aber die lähmende Situation, die wir derzeit kennen, ist unhaltbar. Deshalb scheint eine Koalition der Willigen momentan der effizienteste Weg zu sein.

Um in die soeben aufgezeigte Richtung zu gehen, muss man die Menschen mitnehmen. Dazu brauchen wir z. B. ein unabhängigeres, mit mehr Macht und mehr Bürgernähe ausgestattetes Europaparlament. Dazu brauchen wir mehr Transparenz in den Entscheidungen. Und dazu brauchen wir nationale Politiker, die sich nicht hinter der EU verstecken, wenn sie mal Prügel für ihre Entscheidungen beziehen, und die nicht verschweigen, dass die EU Mittel und Möglichkeiten bereitgestellt hat, wenn sie positive Neuigkeiten zu verkünden haben.

Werte Kolleginnen und Kollegen, um alle diese Ziele zu erreichen, brauchen wir vieles: viel Zeit, viele Ideen und alle 500 Millionen EU-Bürger, die der EU derzeit noch angehören. Den aufgezeigten Weg sollten wir unbeirrt gehen! Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Allgemeiner Applaus)

HERR MIESEN, Präsident: Für die PFF-Fraktion hat Herr Freches das Wort.

HERR FRECHES (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Herren Minister, sehr geehrte Mitglieder dieses Hauses! Es gibt kaum etwas Schöneres im Leben, als eine Familie wachsen zu sehen, als mitzuerleben, wie aus einzelnen Teilen der Gesellschaft eine Gemeinschaft wird. Eine Gemeinschaft, die füreinander einsteht, die füreinander da ist und Halt gibt, die Brücken schlägt und Zusammenhalt fördert; eine Gemeinschaft, in der jeder seinen Platz findet und sich aufgehoben fühlt.

Meine Damen und Herren, genau eine solche Gemeinschaft ist auch die Europäische Union, und unser Land kann sich mit Stolz als einer der Väter dieser Familie fühlen.

Was einst in Form der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl als reine Zweckgemeinschaft begann, ist heute die größte Staatenfamilie der Welt. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG war die Basis für dauerhaftes Wachstum und

Wohlstand in Europa. Das Kürzel EWG war auch die Abkürzung für „Einer wird gewinnen“, eine der in den 1960er-Jahren mit einer Einschaltquote von 90 % meistgesehenen Fernsehshows im deutschsprachigen Raum, in der Kandidaten aus verschiedenen europäischen Ländern um den Hauptpreis spielten.

Heute kann man mit Fug und Recht behaupten, dass nicht nur einer gewinnen wird, sondern dass alle durch die Gründung der EU gewonnen haben. Die Familie EU ist im Lauf ihrer 60-jährigen Geschichte rasant gewachsen. Sie umfasst heute noch 28 Mitglieder und steht stellvertretend für eine halbe Milliarde Menschen, denn das Vereinigte Königreich bleibt rechtlich gesehen bis zum Abschluss der Austrittsverhandlungen Mitglied der EU, und zwar mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten.

Nicht nur die Zahl der Mitglieder der EU hat sich seit deren Gründung fast verfünffacht, auch die Zuständigkeiten und die Einflüsse der EU auf unser alltägliches Leben haben um ein Vielfaches an Bedeutung gewonnen.

Wenn eine Familie wächst, dann wächst damit gleichzeitig die Verantwortung, sich um sie zu kümmern und die familiären Bande zu pflegen. Das ist bei Weitem nicht immer eine einfache oder gar dankbare Aufgabe. Diejenigen unter Ihnen, die wie ich Kinder und Familie haben, können das mit Sicherheit gut nachvollziehen. Eine Familie zusammenzuhalten, ist immer eine große Herausforderung.

Bei der Europäischen Union ist das nicht anders. Wenn so viele Mitglieder an einem Tisch sitzen und es so viele Dinge zu beschließen und zu diskutieren gibt, sind Unstimmigkeiten und kleinere Reibereien an der Tagesordnung. Aber das ist nicht schlimm – im Gegenteil: Einen gesunden und langfristigen Konsens kann man nur dann finden, wenn man jedem das Gefühl gibt, dass er angehört und an der Entscheidungsfindung beteiligt wird. Diese Streitkultur, die von vielen bemängelt wird, ist als demokratischer Grundstein der EU vielleicht sogar ihr wertvollster Schatz.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich bin mir sicher, dass ich Sie im Rahmen dieser Debatte nicht an all das erinnern muss, was wir der EU zu verdanken haben. Ihre Verdienste reichen von der Öffnung der Grenzen – für eine Grenzregion wie Ostbelgien ein enormer Mehrwert –, bis hin zu einer multikulturellen und mehrsprachigen Gesellschaftsförderung. Vor allem für uns Ostbelgier geht es dabei um gelebte Realität. Ich vermute, dass wir uns nur ungern an die Zeiten erinnern, als die nahen Grenzen durch Schlagbäume gesichert wurden und einen spürbares Unbehagen befiel, je mehr man sich diesen Schlagbäumen näherte. Das Einkaufen im Ausland unterlag aberwitzigen Bestimmungen: Sogar der Schuhkauf kam einem so vor, als sei man mit Schmuggelware unterwegs. Aus steuerlichen Gründen wurde der Tankinhalt von Lastkraftwagen bei der Einfahrt ins benachbarte Ausland mit dem Tankinhalt beim Verlassen dieses Landes verglichen. Man stelle sich dies heute einmal in Lichtenbusch vor!

Wie kaum eine andere Region verkörpern wir den europäischen Einheitsgedanken, offene Grenzen und eine multikulturelle Gesellschaft. Für uns sind die Errungenschaften der EU nicht bloß eine faktische Auflistung oder willkommene Annehmlichkeiten. Für uns ist die Europäische Union ein Gefühl und eine Herzensangelegenheit – wie überzogen das auch klingen mag.

Neben ihren unzähligen Vorzügen hat die EU natürlich auch Fehler und Schwächen. Es wäre naiv und vermessen, dies zu leugnen. In einigen wichtigen Politikfeldern fehlt es an Einigkeit und Kohärenz. So gibt es beispielsweise keine angepasste Fiskalgesetzgebung. Statt Sozialdumping sollte die soziale Marktwirtschaft die Richtlinie einer erfolgreichen Europapolitik sein. EU-Normen müssen in vielen Ländern zusätzlich durch nationale Vorschriften ergänzt werden, sodass der Protektionismus viel Potenzial der internationalen

Marktwirtschaft im Keime erstickt. All das sind Hemmnisse, mit denen sich auch ostbelgische Unternehmen tagtäglich auseinandersetzen müssen. Auch der Investitionsstau durch selbstauferlegte Sparmaßnahmen ist vielen Menschen zu Recht ein Dorn im Auge.

Alle diese negativen Punkte, so gravierend sie auch sein mögen, wiegen jedoch in keins-ter Weise auf, was wir der Europäischen Union zu verdanken haben. Besonders die Öffnung des Binnenmarktes brachte einem exportorientierten Land wie Belgien neue Möglichkeiten. Ich nenne nur das belgische Bruttoinlandsprodukt, das 2015 460 Milliarden Euro betrug, und stelle dem die 400 Milliarden Euro an Exportwerten, die unser Land erzielt, gegenüber. Nicht nur ich weiß das, sondern auch die große Mehrheit der Kollegen.

Werte Mitglieder dieses Hauses, was tun Sie, wenn in der eigenen Familie Streit und Zwist ausbrechen? Ziehen Sie sich zurück? Lassen Sie die anderen im Stich? Stellen Sie das gesamte Familienleben infrage oder wünschen Sie sich, Sie hätten Ihre Familie nie gegründet? Nein, Sie setzen sich dafür ein, dass die Probleme gelöst werden. Sie tun alles, damit die Familie wieder zusammenhält und auch in Zukunft zueinander steht.

Für diese Vorgehensweise steht auch die EU. Unsere große europäische Familie steckt zweifelsohne in einer Krise. Dass sich die Briten entschlossen haben, die familiären Bande zu kappen, ist bedauerlich. Damit müssen wir jedoch leben und umgehen lernen. Gerade in einem exportorientierten Land wie Belgien muss umgedacht, muss überlegt werden, wie man mit dem Brexit umgehen und wie man mit einer erneuten Fluktuation der Währung zurechtkommen soll.

Dass Populisten in ganz Europa die angespannte Gefühlslage für ihre Interessen instrumentalisieren, ist bedenklich und gefährlich. Um dem entgegenzuwirken, sollten alle politischen Akteure mehr Zeit in die Information der Bürger investieren, denn vieles geschieht nicht zuletzt durch Unwissen.

Aufgeben und der Familie entsagen ist definitiv der falsche Weg. Die PFF wird sich auch in Zukunft immer für ein starkes und einheitliches Europa einsetzen, damit für unsere große Familie EU die Dinge angepackt und die Probleme gelöst werden. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der PFF, ProDG und der SP)

HERR MIESEN, Präsident: Damit sind die Stellungnahmen der Fraktionen abgeschlossen und wir kommen zur Stellungnahme der Regierung. Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

HERR PAASCH, Ministerpräsident *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Mein Großvater ist im Zweiten Weltkrieg vor den Nazis geflüchtet. Er wollte kein Soldat sein. Er hat gemeinsam mit seiner Familie gegen Kriegsende Menschen in der hauseigenen Räucherkerker versteckt, um sie vor Übergriffen zu schützen. Meine Großeltern haben in ihrem Leben – wie Millionen andere – zwei Weltkriege erlebt und Dinge gesehen, die kein Mensch jemals sehen sollte: Leid, Terror, Gewalt und Trümmer.

Dass danach Aussöhnung möglich wurde, dass aus Feinden tatsächlich Freunde wurden, dafür waren meine Großeltern sehr dankbar. Aber aus Erfahrung wussten sie, dass Frieden kein Naturgesetz ist, dass Europa keine gottgegebene Selbstverständlichkeit ist, dass dieses Glück brüchig und von kurzer Dauer sein könnte.

Deshalb haben meine kurz nach dem Krieg geborenen Eltern uns Kinder immer wieder aufgefordert, uns für Europa einzusetzen. Sie haben mir und meinen Brüdern beigebracht, dass kein Einsatz wichtiger ist als der Einsatz für Europa, als der Einsatz für dauerhaften Frieden.

Als die führenden Vertreter der 27 EU-Mitgliedsländer vor wenigen Wochen an die Unterzeichnung der Römischen Verträge vor 60 Jahren erinnerten, taten sie dies jedoch mit gemischten Gefühlen. „Wir sind ungenügend stolz auf das in Europa Erreichte“, beklagte Kommissionspräsident Juncker im Rahmen einer Feierstunde in Rom. Und dieser Feststellung stimme ich uneingeschränkt zu. Die europäische Idee mit ihrem friedensstiftenden Ursprung hat an Begeisterungsfähigkeit und Strahlkraft eingebüßt. Vor allem wohl auch deshalb, weil viele übersehen, wo Europa herkommt und welchen Weg es hinter sich gebracht hat.

Jede Generation unserer Vorfahren hat mindestens einen Krieg erlebt, manche gar mehrere. Im Lauf der Jahrhunderte änderte sich Europas Landkarte fortwährend. Und stets waren es blutige Kriege, die zur Verschiebung von nationalen Grenzen, zur Auflösung ganzer Staaten, zu Flucht und Vertreibung führten. Auch die ostbelgische Bevölkerung wurde in den letzten Jahrhunderten immer wieder zum Spielball verfeindeter Mächte.

Die Kriegstreiberei in Europa fand erst ein Ende mit dem Beginn des europäischen Einigungsprozesses. Anfang der 1950er-Jahre reichten sich Deutschland und Frankreich die Hand. Die Erbfeinde von einst standen gemeinsam an der Wiege der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, aus der später die Europäische Union wurde.

Unser Dank dafür gebührt unseren Vorfahren und jenen großen Staatsmännern, die die Idee eines vereinten Europas gegen erhebliche Widerstände durchgesetzt haben. Und dabei hat auch unser Land, haben viele Menschen aus unserem Land, große Staatsmänner aus unserem Land eine wichtige Rolle gespielt.

Die Europäische Union steht für Werte wie Freiheit, Solidarität, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Nachhaltigkeit und Menschlichkeit. Werte, die manch einem heutzutage selbstverständlich erscheinen. Doch der Blick über den Tellerrand lehrt uns, dass in diesem Zusammenhang nichts selbstverständlich ist. Vor unserer Haustüre toben Kriege, werden unliebsame Oppositionelle inhaftiert, werden Menschenrechte mit Füßen getreten. Solche Zustände kennen wir hier vor Ort zum Glück nicht oder, besser gesagt, nicht mehr.

Vor diesem Hintergrund besteht die wichtigste Aufgabe meiner Generation darin, unsere Nachfahren vor dem zu bewahren, was unsere Vorfahren erleben mussten. Die wichtigste Aufgabe meiner Generation besteht darin, den europäischen Einigungsprozess zu bewahren und weiterzuentwickeln.

Der europäische Einigungsprozess mit all seinen Höhen und Tiefen hat im Laufe der vergangenen fast 70 Jahre dazu geführt, dass die Europäische Union heute viel mehr ist als ein Friedensbündnis. Die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes mit dem freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital hat Europa wirtschaftlich vorangebracht. Die Grenzen von einst spielen heute kaum noch eine Rolle und sind aus unserem Alltagsleben weitestgehend verschwunden. Dazu hat die Europäische Union einen ganz entscheidenden Beitrag geleistet, beispielsweise indem sie sehr wertvolle, sehr konkrete und sehr zukunftsweisende Projekte finanziell gefördert hat. Im Rahmen des Europäischen Sozialfonds flossen in den vergangenen 20 Jahren 40 Millionen Euro allein nach Ostbelgien. Über die Interreg-Programme investiert die Europäische Union allein in der aktuellen Förderperiode bis 2020 236 Millionen Euro in die Euregio Maas-Rhein und in die Großregion.

Kollege Balter hat eben erneut seinen ganz eigenen Rechenschieber herausgekrämt, als er feststellte, dass der Europäische Gerichtshof Probleme bei bestimmten Ausgaben in der territorialen ...

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Der Rechnungshof!

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): ... Was habe ich gesagt? ...

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Ich habe vom Europäischen Rechnungshof gesprochen!

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): Ich glaube, das habe ich auch gesagt. Wenn nicht, dann ...

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Nein, Sie haben „Gerichtshof“ gesagt!

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): ... muss ich mich korrigieren. Herr Balter hat jedenfalls darauf hingewiesen, dass der Europäische Rechnungshof Probleme bei den Ausgaben in der territorialen Zusammenarbeit entdeckt hat. Er sprach von 400 Millionen Euro und behauptete, dass diese 400 Millionen Euro ein Drittel der gesamten finanziellen Aufwendungen ...

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Nein, es ging um die EU-Strukturfonds!

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): ... für diesen Bereich seien. Kollege Balter ...

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Sie haben nicht zugehört!

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): ... Ihr Rechenschieber scheint nicht zu funktionieren. Die Europäische Union gibt für die territoriale Zusammenarbeit 9 Milliarden Euro aus.

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Es ging um die EU-Strukturfonds!

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): 400 Millionen Euro sind noch lange kein Drittel von ...

HERR ARIMONT (*aus dem Saal*): 54 Milliarden!

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): ... 9 Milliarden Euro. Das sind gerade einmal 4 %.

HERR ARIMONT (*aus dem Saal*): 54 Milliarden Euro!

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): Ich meinte jetzt für die ...

HERR ARIMONT (*aus dem Saal*): Der gesamte Strukturhaushalt ...

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): ... territoriale Zusammenarbeit.

HERR ARIMONT (*aus dem Saal*): Ja, gut, aber ...

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): Dann wäre es ja noch viel weniger!
(*Gelächter*)

In der Vergangenheit wurden hierzulande mit Hilfe der Europäischen Union zahlreiche Leuchtturmprojekte verwirklicht. Ich denke z. B. an die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Rettungskräften, Sicherheitseinrichtungen, Polizeidiensten, Krankenhäusern, Schulen, an den Erfahrungsaustausch in der Arbeitsmarktpolitik, an die Grenzinformationspunkte, die Task Force Grenzgänger, an die gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen bis hin zu möglich gemachten Bi- und Tridiplomierungen oder auch an die grenzüberschreitende Vennbahn, die es ohne die Europäische Union heute nicht gäbe.

Wir profitieren jeden Tag von Europa. Die Europäische Union hat es uns Ostbelgiern erleichtert, von unseren Nachbarn in Europa zu lernen. Ein Lernen, das für ein so kleines Gebiet wie das unsere lebensnotwendig ist. Wer über die Grenzen geht, der sieht Lösungen, kann Kräfte bündeln und kulturelle Vielfalt erfahren. Gemeinsamkeit macht stark. Das weiß niemand besser als wir. In Ostbelgien und dem benachbarten Grenzgebiet wird das europäische Motto „In Vielfalt vereint“ vorgelebt, auch weil die Europäische Union im Lauf der Jahrzehnte viele Hürden abgebaut hat.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft tut deshalb gut daran, sich für Europa starkzumachen. Sie tut gut daran, in den beiden grenzüberschreitenden Verbänden, denen sie angehört, aktiv mitzuarbeiten. Gerade hier, an den alten Binnengrenzen, wird Europa im Kleinen und im Konkreten gelebt. Hier wird der praktische Mehrwert der großen europäischen Idee deutlich. Hier kann man erleben, was Europa den Menschen konkret gebracht hat. Und hier kann man übrigens besonders gut erkennen, wo es noch Probleme gibt, wo die europäische Zusammenarbeit noch verbessert werden muss. Ich füge hinzu: Wir dürfen unser europapolitisches Engagement nicht auf die Euregio Maas-Rhein und die Großregion begrenzen. Wir sind zu klein, um uns selbst zu genügen. Natürlich dürfen wir unseren Einfluss auf Europa nicht überschätzen. Wir entscheiden nicht über das Schicksal dieses Kontinents. Ja, wir sind klein, aber wir dürfen uns deshalb nicht aus der Verantwortung für Europa stehlen.

Wir haben ein sehr konkretes Interesse daran, die interregionale Zusammenarbeit mit anderen Partnern in Europa zu fördern und unsere Vertretung im Ausschuss der Regionen, in der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen und im Kongress der Gemeinden und Regionen beim Europarat ernst zu nehmen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, genau wie für Kollege Freches gilt für mich: Der Einsatz für den europäischen Zusammenhalt ist gleichsam ein Gebot der Vernunft und eine Herzensangelegenheit. Aber auch ich will keinesfalls verschweigen, dass es im Lauf des Einigungsprozesses zahlreiche Rückschläge gegeben hat. Mehr noch, es wurden politische Fehler begangen.

Als die Maastrichter Verträge vor 25 Jahren unterzeichnet wurden, zählte die Europäische Union 12 Mitgliedstaaten. Diese Gemeinschaft hat sich seit dem mehr als verdoppelt. Das ist eine rasante Erweiterung – vielleicht zu rasant. Europa wollte womöglich zu viel, ohne den dafür notwendigen Rahmen zu schaffen. In den Jahren ihrer sukzessiven Erweiterung hat die Europäische Union es jedenfalls versäumt, sich mit dem nötigen Unterbau auszustatten. Bis heute fehlt es an einigen ganz wesentlichen Instrumenten, die für eine effiziente politische Steuerung eines solch breiten Bündnisses erforderlich sind.

Politische Systeme wie die Europäische Union können auf Dauer nur dann erfolgreich arbeiten, wenn sie als legitimiert und als effizient wahrgenommen werden. In beiden Disziplinen hat die Europäische Union in den Augen ihrer Bevölkerung Schwächen. Allzu oft verhindern Partikularinteressen ein gemeinsames europäisches Handeln. Der egoistische Einfluss einzelner Staaten auf europäische Entscheidungen steht einem effizienten und entschlossenen Handeln häufig im Weg. Deshalb begreifen viele Bürger die Europäische Union nicht als einen Segen, sondern als Ursache für ihre Probleme, als ein teures und ineffizientes Bürokratiemonster, mal viel zu weit weg, mal zu einmischend, geprägt von einer Kontrollneurose der unpersönlichen Art, unfähig, die hohen Erwartungen zu erfüllen und auf die Bedürfnisse der Bevölkerung einzugehen.

In der Tat wurde in den letzten Jahren in einigen Bereichen nicht schnell und nicht effizient genug auf globale Herausforderungen wie die Finanzkrise, die Migration oder den Klimawandel reagiert. Die Europäische Union wirkt in stürmischen Zeiten manchmal wie ein schwerfälliger Tanker. Man wirft Europa vor, die vielen Krisen auf diesem Planeten nicht im Griff zu haben. Man wirft Europa vor, die Fragen, die sich aus Migration, Finanzkrisen, Terror und Gewalt ergeben, nicht rechtzeitig und nicht angemessen beantwortet zu haben. Und es stimmt, da läuft einiges schief.

Das darf man jedoch nicht allein der Europäischen Union als solcher vorwerfen. Das muss man vor allem jenen vorwerfen, die sich jeder europäischen Solidarität verweigern. Das ist vor allem die Schuld jener, die nationale Egoismen befeuern und die Europäische Union zerstören wollen. Das ist die Schuld jener, die europäische Werte mit Füßen treten. Erst verhindern sie aus Egoismus und Nationalismus europäische Lösungen, dann werfen sie Europa vor, keine Lösungen gefunden zu haben. So kann man keine globale Krise bewältigen.

Sich abzuschotten, die Grenzen wieder zu schließen, die eigene Bevölkerung zulasten der Nachbarn zu benachteiligen, das kann jedenfalls nicht die Lösung sein. Protektionismus ist die falsche Antwort. Das würde uns gerade in einem Grenzgebiet um Jahrzehnte zurückwerfen. Kollege Arimont hat das eben treffend beschrieben.

Wo kommen wir denn hin, Kollege Balter, wenn jeder einzelne Staat allen anderen Staaten „Ich zuerst!“ zuruft? Die Ersten, die unter egoistischer, nationalistischer Kleingeisterei leiden, das sind die Kleinen, also wir. Wer glaubt, allein sei man stärker als zusammen, der ignoriert elementare Grundsätze des gesellschaftlichen Zusammenlebens und sogar Naturgesetze; der vergisst, was unsere wechselvolle Geschichte uns gelehrt hat. Kollege Lambertz hat es bereits gesagt: Kein einziger Mitgliedstaat ist in der Lage, die großen Herausforderungen in unserer globalisierten Zeit allein zu bewältigen. Kein einziger Staat ist allein in der Lage, den Klimawandel zu bremsen, den Terrorismus zu bekämpfen oder den globalisierten Raubtierkapitalismus an die Kette zu legen. Kein einziger Staat in Europa ist dazu in der Lage: nicht die Deutschen, nicht die Franzosen, nicht die Italiener und schon gar nicht die kleinen Länder. Deshalb dürfen wir Europa nicht den Populisten überlassen. Stattdessen muss die altbekannte Devise von Willy Brandt gelten: „Mehr Demokratie wagen!“. Ich füge hinzu: Und effizienter handeln!

Die Europäische Kommission hat in ihrem kürzlich vorgelegten Weißbuch mehrere mögliche Szenarien aufgezeigt. Besonders realistisch erscheint mir dabei das Zukunftsbild eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten. Ein Europa, in dem manche Partner als „Koalition der Willigen“ in bestimmten Bereichen stärker zusammenarbeiten als andere. Das ist für mich kein Traumszenario, aber eines, das den Realitäten Rechnung trägt. In den letzten Jahren hatte ich das Privileg, mehrere Staats- und Regierungschefs kennenzulernen und mich mit vielen Regierungsmitgliedern aus Europa auszutauschen. Dabei habe ich viele überzeugte Europäer getroffen, z. B. in den Niederlanden, in Luxemburg, in Frankreich, in Österreich, in Deutschland und kürzlich in Dänemark. Das hat mir Hoffnung gegeben und mir Mut gemacht. Ich habe aber auch führende Regierungsmitglieder getroffen, z. B. beim Staatsbesuch in Polen, die mit europäischen Werten wie Freiheit und Solidarität nicht viel gemein haben.

An einem Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten wird wohl kaum ein Weg vorbeiführen. Aber gleichzeitig brauchen wir eine Neuordnung von Aufgaben, Zuständigkeiten und Entscheidungsprozessen. Wichtig erscheint auch mir, sich in Zukunft genau zu überlegen, auf welchen Gebieten eine gesamteuropäische Politik besonders sinnvoll ist. Bei globalen Herausforderungen, wie der inneren und äußeren Sicherheit, der Außenpolitik, der Verteidigungspolitik, dem Schutz der Außengrenzen, der Energiepolitik, dem Asylrecht, dem Umweltschutz, dem Verbraucherschutz, beim Kampf gegen Sozialdumping und bei der Weiterentwicklung des Binnenmarktes brauchen wir ganz sicher mehr Europa.

In anderen Bereichen wiederum mag weniger mehr sein, aber in jedem Fall dann bitte ganz und nicht halb. Da, wo Europa zuständig ist, muss Europa diese Zuständigkeit auch tatsächlich ausüben. Wenn wir der Europäischen Union Zuständigkeiten übertragen, weil wir der Auffassung sind, dass die europäische Zusammenarbeit in diesen Bereichen für uns alle einen Mehrwert darstellt, dann müssen wir auch akzeptieren, dass die Europäische Union allein in diesen Bereichen Entscheidungen trifft. Dann dürfen wir nicht

zulassen, dass einzelne Mitgliedstaaten europäische Entscheidungen verhindern oder verwässern. Ansonsten kann die Europäische Union nicht effizient handeln und wird immer als schwerfälliger Tanker wahrgenommen werden.

Das wiederum wird aber nur funktionieren, wenn es gleichzeitig gelingt, die Legitimation europäischer Entscheidungen zu verbessern. Das bedeutet, beispielsweise, eine Stärkung des Europäischen Parlaments, eine vom Europäischen Parlament gewählte und vor ihm verantwortliche Exekutive sowie eine stärkere Einbeziehung der Bevölkerung.

Die Europäische Union darf nicht länger als weit entfernter und undurchsichtiger Machtapparat empfunden werden. Wir müssen verhindern, dass Europa immer wieder – wie Kollege Arimont es eben schon sagte – als Ventil für Versäumnisse und Versagen auf nationaler Ebene herhalten muss, während die Mitgliedsländer in opportunistischer Manier alle Erfolgsmeldungen für sich beanspruchen.

Kommissionspräsident Juncker sagte bei den 60-Jahr-Feiern in Rom – und damit komme ich zum Schluss: „Nie zuvor habe ich so viel Spaltung und so wenig Gemeinsinn in unserer Union gesehen.“ Und gleichzeitig machte er deutlich, woran es hapert: „Die Europäer wollen konkrete Lösungen für die entscheidenden Probleme, vor denen unsere Union steht. Und sie wollen mehr als Versprechen, Entschließungen und Gipfelschlussfolgerungen. Davon haben sie schon genug gehört und gesehen.“ Juncker hat recht: Wir brauchen eine Europäische Union, die sowohl ihre demokratische Legitimation als auch ihre Effizienz steigert.

Schließen möchte ich mit einem etwas abgewandelten Zitat des ehemaligen deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher: Unsere Zukunft ist Europa – eine bessere haben wir nicht. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei ProDG, der SP und der PFF)

HERR MIESEN, Präsident: Wir kommen zu den Erwiderungen der Fraktionen. Für die CSP-Fraktion hat Herr Arimont das Wort. Herr Arimont, Sie haben fünf Minuten.

HERR ARIMONT *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte in einer ganz kurzen Erwiderung auf die Debatte reagieren. Erstens, ich fand diese Debatte sehr gut, sehr ausgeglichen und sehr interessant, nicht zuletzt, weil meines Erachtens der Großteil der Fraktionen dieses Hauses die EU nach wie vor als sinnvolles Projekt ansieht und für deren Ideale eintritt. Wenn man aber für diese Ideale eintritt, sollte man sich an die Fakten halten.

Herr Balter, Sie äußern hier des Öfteren Vorwürfe, die nicht korrekt sind.

HERR BALTER *(aus dem Saal)*: Ich habe mich vorhin vertan und werde das gleich klarstellen!

HERR ARIMONT *(vom Rednerpult)*: Deshalb möchte jetzt auch ich den Rechenschieber herausnehmen ... *(Zwischenruf von Herrn Balter)* ... Jetzt lassen Sie mich doch ausreden!

HERR BALTER *(aus dem Saal)*: Wie ich schon sagte: Ich habe mich vorhin vertan. Ich werde gleich darauf zurückkommen.

HERR ARIMONT *(vom Rednerpult)*: Wenn man die EU in dem Maße kritisiert wie Sie, Herr Balter, dann sollte man das schon mit den richtigen Argumenten tun. Sie sagen, dass die EU eigentlich verwerflich sei. In Ihrer Argumentation erwähnten Sie, dass der Rechnungshof in seinem Bericht gesagt habe, dass 400 Millionen Euro schlecht ausgegeben worden seien. Erstens muss man sagen, dass die 400 Millionen Euro – wenn sie denn tatsächlich schlecht ausgegeben wurden – nicht von der EU, sondern von den einzelnen Mitgliedstaaten ausgegeben wurden. ... *(Zwischenruf von Herrn Balter)* ... Gehen Sie mal

in jede einzelne Hauptstadt und sagen den Leuten dort, dass sie das Geld korrekt ausgeben sollten! Zum Glück gibt es die EU, die das kontrolliert, und der Rechnungshof tut dies auf eine absolut transparente Art und Weise. Er legt einen Bericht vor, der im Haushaltsausschuss diskutiert wird und aus dem anschließend die entsprechenden Schlussfolgerungen gezogen werden. Ich hatte bisher einmal die Ehre, einen solchen Bericht schreiben zu dürfen, und es war interessant zu sehen, mit welchen Prozentsätzen von Fehlermeldungen man dabei konfrontiert wird. Das ist weltweit spitze. Auch das sollte man vielleicht sagen, wenn man hier Fakten auf den Tisch legt.

HERR SERVATY (*aus dem Saal*): Sie meinen wahrscheinlich spitze im positiven Sinn?

HERR ARIMONT (*vom Rednerpult*): Aber ich komme dann ...

HERR VELZ (*aus dem Saal*): In welchem Sinn ist spitze gemeint?

HERR SERVATY (*aus dem Saal*): Im noblen Sinn!

HERR ARIMONT (*vom Rednerpult*): Ja, ich meine spitze im noblen Sinn!

Man findet in diesen Dossiers wenig Fehler und wenig Hinweise auf Betrug. Das können Sie selbst nachlesen, Herr Balter! Sie sagen immer zu uns, wir sollten dieses oder jenes nachlesen. Deshalb empfehle ich Ihnen heute, diese Haushaltsberichte nachzulesen.

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Ja, das tue ich auch!

HERR ARIMONT (*vom Rednerpult*): Die zweite Bemerkung ist: Sie sagten, dass ein Drittel der Strukturfondsgelder ...

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Das war ein Fehler meinerseits!

HERR ARIMONT (*vom Rednerpult*): ... Lassen Sie mich jetzt ausreden! ... Sie sagten, dass ein Drittel der Strukturfondsgelder schlecht ausgegeben worden sei. Ich war zwar nicht so gut in Mathe, aber meines Wissens sind ein Drittel 33,33333 %. Wenn wir von 63 Milliarden Euro ausgehen – ich habe das gerade noch nachgeschaut –, die jährlich an Strukturfondsgeldern zur Verfügung stehen, dann sind 400 Millionen Euro 0,634 % und nicht 33,3 %!

Wenn man die EU schlechtreden möchte, sollte man wenigstens von echten Fakten ausgehen. Derjenige, der das nicht tut, benutzt sogenannte alternative Fakten, und das tut der Sache nicht gut. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(*Allgemeiner Applaus*)

HERR MIESEN, Präsident: Für die ProDG-Fraktion hat Herr Velz das Wort.

HERR VELZ (*vom Rednerpult*): Auch ich möchte nur ganz kurz auf etwas eingehen, was Herr Balter mir unterstellt hat. Das kann aber auch daran liegen, dass er vielleicht einen Moment lang nicht gut zugehört hat. Ich habe wörtlich von dem Fundament Europas gesprochen, das auf zwei Säulen ruht. Die erste Säule ist der Traum von der Freiheit und der Eigenverantwortlichkeit des einzelnen Menschen; die zweite Säule ist die Solidarität, das freiwillige Zusammenstehen der einzelnen freien Menschen. Und ich habe wortwörtlich gesagt: „Der Grund- und Gründungsgedanke der EU ist solidarischer, föderalistischer Natur. Der europäische Föderalismus ist erfolgreich.“ Er wird auch erfolgreich bleiben, zumindest hoffe ich das.

Herr Balter, Sie haben vom Zentralstaat Europa gesprochen. Sie wissen ganz genau, dass ich und meine Fraktion ganz ausdrücklich keine Freunde von zentralistischen Staaten sind, sondern dass wir den Föderalismus auf unsere Fahne geschrieben haben.

Der Grundgedanke des Föderalismus ist die Eigenverantwortlichkeit, gepaart mit der Solidarität mit den anderen. Der belgische Konzertierungsausschuss ist ein beredtes Beispiel dafür, wie es funktionieren kann. In dieser Hinsicht kann Europa, nebenbei bemerkt, sehr viel von Belgien lernen.

Wenn Sie ständig gegen Europa wettern ...

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Gegen die EU!

HERR VELZ (*vom Rednerpult*): ... ja, dann ... Gegen Europa, die EU ist Europa! ...

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Nein, also ehrlich!

HERR MERTES (*aus dem Saal*): Was für ein Quatsch!

HERR VELZ (*vom Rednerpult*): ... dann kann man Sie mit den Farages und mit den Le Pens in einen Topf werfen. Sie denken, dass die beste Lösung für Europa wäre, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Dabei gibt es andere Möglichkeiten. Man kann das Badewasser erneuern, indem man den Stöpsel zieht und neues Badewasser einlaufen lässt. Wer das Kind jedoch mit dem Bade ausschüttet, der ist auch und vor allem ein Feind des Kindes. Das sollten Sie bedenken!

(*Applaus bei ProDG, der SP und der PFF*)

HERR MIESEN, Präsident: Nun hat Herr Balter für die VIVANT-Fraktion das Wort.

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Effektiv habe ich – Herr Arimont hat diesbezüglich teilweise recht und Herr Paasch hat in diesem Punkt recht – in meiner ganzen Stellungnahme einen einzigen Fehler gemacht. Ich habe gesagt, dass 400 Millionen Euro aus dem EU-Strukturfonds ineffizient ausgegeben worden seien und dass diese 400 Millionen Euro ein Drittel der Gesamtsumme ausmachen würden. Das stimmt natürlich nicht. Ich hätte sagen müssen, dass laut Rechnungshof ein Drittel der Gesamtsumme von 1,4 Milliarden Euro, also 400 Millionen Euro, für 42 Häfen ausgegeben wurde, in denen zum Teil noch nie ein Schiff angelegt hat. Insofern habe ich mich in meiner Stellungnahme falsch ausgedrückt, da hatten Sie recht. Dass sie darauf hingewiesen haben, ist zumindest ein Zeichen, dass Herr Paasch mir zugehört hat.

Der restliche Teil meiner Stellungnahme zur Zukunft der Europäischen Union war aber korrekt. Darin habe ich ... (*Gelächter und Unruhe im Saal*) ... zumindest meine politische Meinung vertreten. Was die Zahlen angeht, bin ich der Überzeugung, dass ich damit schon richtig lag.

Herr Velz hat gerade auf meinen Redebeitrag reagiert, indem er sagte, ich würde Europa ständig kritisieren. Ich habe dazwischengerufen, dass ich nicht Europa kritisiere, sondern die EU. Ich habe immer gesagt, dass man Europa gar nicht kritisieren kann, denn Europa ist ein Kontinent. ... (*Zwischenruf*) ... Quasi alle Redner haben heute die Begriffe „Europa“ und „EU“ vermischt. Deshalb möchte ich nochmals betonen, dass wir nicht gegen Europa sind. Man kann nicht gegen Europa sein, denn der Kontinent Europa ist einfach da. Die Briten verlassen auch nicht Europa, sondern die Europäische Union. Die EU ist ein Verbund, der gegründet worden ist, damit wir besser Handel miteinander treiben können. Was daraus geworden ist, brauche ich nicht zu wiederholen. Szenario 5 aus dem Weißbuch beschreibt dies sogar. Im EU-Parlament wollen ja die Liberalen, u. a. Verhofstadt, ein zentralistisches Europa ...

(*Zwischenruf: „Nein!“ und Zwischenruf: „Quatsch!“*)

HERR VELZ (*aus dem Saal*): Ein föderalistisches Europa!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): ... Entschuldigung, eine zentralistische EU, in der die Nationalstaaten gar nichts mehr zu sagen haben. ...

(*Unruhe im Saal*)

Und wissen Sie was ... Gut, das ist Ihre Ansicht, dass das Quatsch ist.

HERR LAMBERTZ (*aus dem Saal*): Das ist falsch!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Herr Paasch hat vorhin gesagt, dass er nicht möchte – und ich denke, dass wir alle dies nicht wollen –, dass unsere Enkelkinder, unsere Nachkommen nochmals das erleben müssen, was unsere Vorfahren erlebt haben. Da bin ich natürlich vollkommen mit ihm einverstanden. Wenn das in der EU jedoch so weitergeht, bin ich gespannt, ob unsere Nachkommen nicht doch noch Ähnliches erleben werden wie unsere Vorfahren. Das wünsche ich niemandem, aber die derzeitige Situation in Europa und das, was in der EU so alles geschieht, sind alles andere als positiv.

Des Weiteren habe ich eben vom Lobbyismus, von dem sehr sachlichen Film *The Brussels Business – Wer steuert die Europäische Union?* und von der vernünftigen Arbeit der Organisation *Transparency International* gesprochen. Warum gehen Sie nicht darauf ein? Warum gehen Sie nicht darauf ein, wie die EU durch ihre Handelsabkommen den Hunger in der Welt mehrt? Das sind doch keine Erfindungen von VIVANT, sondern das können Sie alles nachprüfen. Es kann doch keiner sagen: „In der EU ist alles gut. Lasst uns so weitermachen, denn es gibt keine Alternative!“

Und noch etwas, Kolleginnen und Kollegen: Sie sprachen eben von den kleinen Ländern, die ohne die EU nicht weiterkommen würden und machtlos wären. Sie fahren doch des Öfteren in die Schweiz. Sagen die politischen Vertreter dort Ihnen eigentlich, wie gut sie ohne die EU zurechtkommen?

(*Applaus bei VIVANT und Protestruf von Herrn Velz*)

HERR ARIMONT (*aus dem Saal*): Die Schweiz übernimmt jedes einzelne Gesetz der EU!
(*Unruhe im Saal*)

HERR MIESEN, Präsident: Wir kommen jetzt zur SP-Fraktion. Herr Lambertz, Sie haben das Wort!

HERR LAMBERTZ (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament! Erlauben Sie mir zuallererst, allen dafür zu danken, dass sie auf den Vorschlag, diese Themendebatte zur Zukunft der Europäischen Union heute Abend im Parlament zu führen, positiv reagiert haben. Ich glaube auch, dass sich diese Debatte durchaus sehen oder besser noch lesen lassen kann. Solche Debatten finden zurzeit in vielen Regionalparlamenten in Europa statt. Ich selbst habe an einem halben Dutzend solcher Debatten teilgenommen und finde, dass wir mit den Aussagen, die wir heute ausgetauscht haben, durchaus in guter Gesellschaft sind. Für das, was wir zu Europa heute gesagt haben, brauchen wir uns auch keineswegs zu schämen, und das ganz unabhängig davon, dass wir wohl eine der kleinsten Regionen mit Gesetzgebungshoheit in Europa sind, die solche Debatten führen.

Natürlich stellt die Debatte noch keine Lösung dar. Sie soll sensibilisieren, sie soll vor allem Aufmerksamkeit für dieses Thema wecken und Betroffenheit erzeugen. Diese Betroffenheit spielt sich nicht nur in den Köpfen, sondern auch in den Herzen der Menschen ab. Europa ist etwas, das man mit Verstand und Gefühl anpacken muss, denn es ist die gemeinsame Zukunft unseres Kontinents. Diesen können wir als Individuen natürlich nicht bewegen, denn es dauert zig Millionen Jahre, ehe sich die Kontinentalplatten verschieben.

Wenn man von Europa spricht, spricht man entweder von der Europäischen Union oder vom Europarat. Beide Institutionen sind prägend und schicksalhaft für die Zukunft dieses Kontinents. Alles andere ist Gerede. Die Diskussion über die Zukunft der Europäischen Union muss fortgesetzt werden. Sie muss sich vor allem in unserem alltäglichen Handeln widerspiegeln und immer wieder thematisiert werden, denn was wir machen, ist Europa, und das, was Europa macht, ist auch für uns von Bedeutung.

Als Parlament haben wir da eine große Verantwortung, u. a. bei der Subsidiaritätskontrolle. Sie ist eines der Instrumente, die dazu beitragen können, dass es zu einer richtigen Verteilung der Zuständigkeiten zwischen der europäischen, der nationalen und der gliedstaatlichen Ebene kommt. Ich hatte noch heute Morgen die Gelegenheit, mit dem derzeit in Brüssel weilenden Europaausschuss des Landtags aus Oberösterreich über diese Subsidiaritätskontrolle zu diskutieren. Neben dem bayerischen Landtag ist auch der oberösterreichische Landtag ein gutes Beispiel für wertvolle Arbeit in diesem Bereich. Meiner Meinung nach könnten wir davon künftig noch mehr profitieren als bisher. Auch dabei kommt es, wie bei vielen anderen Dingen, auf die Zusammenarbeit an. In den kommenden Monaten bis zu den nächsten Europawahlen werden wir sicherlich noch erleben, wie sich in Europa die Positionen, Vorstellungen, Konzepte und Projekte darstellen, konkretisieren und dann um Zustimmung werben werden.

Wichtig ist, dass die gesamte Bevölkerung, dass die Zivilgesellschaft in diesen Prozess einbezogen wird. Insofern ist es sehr ermutigend, dass wir neben den hässlichen antieuropäischen Parolen, die wir in den letzten Jahren gehört haben, zunehmend auch Menschen treffen, die regelmäßig für Europa auf die Straße gehen, wie etwa die Mitglieder der Bewegung *Pulse of Europe*. Deshalb freut es mich, dass es eine solche Initiative demnächst wahrscheinlich auch in Eupen, der Hauptstadt Ostbelgiens, geben wird. Das ist ermutigend und das sollten wir unterstützen, indem wir uns daran beteiligen.

Darüber hinaus sollten wir uns auch im Parlament in vielfältiger Weise weiterhin mit dem Thema beschäftigen. Dazu werden wir u. a. im Rahmen einer Matineeveranstaltung noch vor Ende der Sitzungsperiode die Gelegenheit haben. Ich persönlich freue mich, dass der Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen, Markku Markkula aus Finnland, am 26. Juni in unserem Parlament zu Gast sein wird und wir mit ihm diskutieren können. All das sind Möglichkeiten, das Thema aus vielfältiger Sicht zu behandeln.

Ich glaube, dass wir mit der Europäischen Union das richtige Instrument in Händen halten, aber wir müssen etwas Vernünftiges damit anfangen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der SP, ProDG und der PFF)

HERR MIESEN, Präsident: Herr Mockel, Sie haben das Wort.

HERR MOCKEL (*vom Rednerpult*): Ich habe kein Problem damit, wenn man hier eine ganz lange Liste von politischen Abläufen und Entscheidungsprozessen aufzählt und kritisiert, die auf europäischer Ebene schlecht funktionieren. Das mache ich auch. Aber wenn ich das mache, weiß ich nicht nur, was ich nicht will, sondern auch, was ich will. Genau das, Herr Balter, habe ich heute und früher von Ihnen nicht gehört. Sie sagen immer nur, was Sie *nicht* wollen. Meistens sind das Dinge, die jeder Bürger nachvollziehen kann. Das ist überhaupt kein Problem, solange die Zahlen stimmen. Ich habe von Ihnen jedoch nicht gehört, welches Europa Sie wollen, wie Sie sich Europa vorstellen, mit welchem Europa oder mit welcher EU Sie sich identifizieren können. Das habe ich heute nicht gehört und das habe ich auch vorher noch nie von Ihnen gehört.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Allgemeiner Applaus)

HERR MIESEN, Präsident: Die PFF-Fraktion möchte von der Gelegenheit zur Erwidern keinen Gebrauch machen. Damit ist die Debatte geschlossen und die Tagesordnung ist erschöpft.

Bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich noch ein kleines Mysterium aufklären. Ich bin zu Recht von einigen Kollegen gefragt worden, was es denn mit den Damen und Herren auf sich hat, die heute in den Dolmetscherkabinen anwesend waren. Die Antwort ist